

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Leipzig, des Polizeipräsidenten Leipzig und des Stadtrats zu Großsch.

Verkaufspreis mit illustrierter Beilage Volk und Zeit für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.- Mark für Selbstabholer 1.90 Mark. — Durch die Post bezogen 2.- Mark ohne Beleglohn. — Die Einzelnummer kostet 20 Pfg. — Telefon Sammelnummer 72204 — Postkontokonto Leipzig Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tautsch Str. 19/21  
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telephon 72216 — Verlag in Leipzig,  
Tautsch Str. 19/21 — Telephon 720

Anzeigenpreise: Die Hauptkategorie 35 Pfg. bei Blauverdrift 40 Pfg. Stellenangebote 40 Pfg. Kolonialzeitung 25 Pfg. Familiennachrichten von Privatpersonen 10 Pfg. Kolonialzeitung mit 10% Nachl. Reklameseite 2 Mk. Inserate v. ausm. bei 10 Pfg. Kolonialzeitung 40 Pfg. bei Blauverdrift 50 Pfg. Reklameseite 2,25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Abenteiler und alle Postämter entgegen.

## Neue Risse im Lager der Koalition.

### Trotzdem große Koalition?

SPD. Berlin, 15. Dezember. (Radio.)

Die interfraktionellen Besprechungen der für die große Koalition in Frage kommenden Parteien begannen wahrheitlich heute gegen Mittag oder in den ersten Nachmittagsstunden. Zunächst hat sich die Deutsche Volkspartei in einer Fraktionsberatung nochmals mit der Frage der Regierungsbildung beschäftigt und nach den in der Öffentlichkeit vorliegenden Nachrichten nicht mehr beschloffen, als bisher bereits zum Beschluß erhoben war: Sie ist mit dem Vorgehen ihres Fraktionsvorsitzenden einverstanden.

Das Zentrum scheint die Volksparteier durch Zehrenbach auch am Montagabend darauf aufmerksam gemacht zu haben, daß ihre Kandidatur auf die Dauer unerträglich ist. Unter anderem erklärte Zehrenbach dem Abg. Scholz, daß die Zentrumskoalition die Bildung der großen Koalition für eine dringende Notwendigkeit hält und das Zentrum sich deshalb an keiner anderen Regierung beteiligen wird. Die Germania unterstreicht diese Auffassung in ihrer heutigen Morgenausgabe in einer Polemik gegen die Königlichzeitung. Sie schreibt:

„Nur an einer Mehrheitsregierung wird sich das Zentrum beteiligen, und wenn sich die Königlichzeitung unter der vorläufigen Regierungsbildung den Versuch einer Minderheitsregierung vorstellen sollte, so müßten wir ihr selber sagen, daß wir darin einen höchst unerwünschten Weg der Regierungsbildung sehen, den zu gehen das Zentrum entschieden ablehnt.“

Wenn auch eine Einigung über das Arbeitsprogramm einer Regierung der großen Koalition noch nicht erfolgt ist und auf Grund der Haltung der Deutschen Volkspartei wahrscheinlich nie zustande kommen wird, werden für eine Regierung Koch trotzdem bereits bestimmte Namen als Minister genannt. Das Berliner Tageblatt spricht von einem „Kabinett der Reichsanwälte“, dessen wesentliche Mitglieder von ehemaligen Reichsanwälten bestanden sollen. So heißt es, daß Hermann Müller das Amt des Vizekanzlers übernehmen soll und Dr. Koller, der gegenwärtig deutscher Gesandter in Ostland ist, für das Innenministerium in Aussicht genommen ist. Es ist richtig, daß Dr. Koch persönlich den Wunsch der Schaffung eines Vizekanzleramtes hat, daß der Sozialdemokratie angeboten werden soll. Als Justizminister wird Dr. Marx genannt. Stresemann soll Außenminister bleiben. Aber solange über ein sachliches Programm keine Einigung erzielt ist, erscheint es überflüssig, sich über persönliche Dinge zu unterhalten, die morgen bereits Luft sein werden. Hebrigen ist Luther in dem neuen Kabinett als Wirtschaftminister gedacht. Der bisherige Ernährungsminister soll dann in das Reichswirtschaftsministerium aufgehen.

Das Berliner Tageblatt, wie auch die großen Korrespondenzbureaus teilen mit, daß Dr. Koch die Absicht habe, ein eigenes Arbeitsprogramm auszurufen, das heute vormittag den Parteiführern vorgelegt werden soll.

Während Herr Koch, der jüngste Präsident auf den Reichsanwalterposten, geheimnisvoll mit den Parteiführern konferierte, ging im Plenum des Reichstages die seit langem erwartete Beamtendebatte vom Stapel.

Die Verhandlungen wurden durch eine feierliche Rede des Ex-Reichsanwalterkandidaten Zehrenbach eingeleitet. Er hielt dem Präsidenten eine Geburtstagsrede, deren Tonart reichlich pastoral gehalten war. Der stolze Reichsanwalt schloß mit dem Worte: Ad multos annos, d. h. Glück dem Präsidenten, „auf viele Jahre“. Der kommende Regierung dürfte das kaum gefallen haben, denn kurz nach dem feierlichen Geburtstagsakt strebten die Geister der großen Koalition erneut lebhaft auseinander.

Wir berichteten bereits, daß sich Reichsanwalt Luther am Sonntagabend eingehend bemühte, den Beschluß des Reichshaushaltsausschusses zurückzuweisen, der nur für die Beamtengruppen I—VI 25 beziehentlich 20 Prozent Teuerungszulagen ergab. Das traf den Reichsanwalt besonders hart. Seine Vorliebe für die höheren Beamten ist rühmlich bekannt. Die letzten Gehaltsreformen haben typische Beweise dafür gebracht. Dann aber wehrte er sich gegen die endgültige Regelung der Beamtengeschälter, wie sie durch den Beschluß des Ausschusses vorgegeben sind. Der Antrag Lecht, den der Reichsanwalt schließlich zur Annahme empfahl, sieht lediglich eine einmalige Notmaßnahme vor, die weder die jetzige noch die neue Regierung festlegen soll. Und darin offenbart sich der Widerstreit.

Es ist erst gelungen, die kommende Regierung zustande zu bringen, dann dürfte die endgültige Besoldungsreform erfahrungsgemäß Monate auf sich warten lassen. Durch den Beschluß des Ausschusses wird etwas Bestimmtes geschaffen, wobei besonders bemerkenswert erscheint, daß der Zentrumsdirektor Erping erklärte, seine Partei werde auch im Plenum für die Anträge des Ausschusses stimmen. Im Gegensatz zum Zentrum stehen alle übrigen Parteien rechts davon hinter dem Vorschlag des Kanzlers. Nicht nur der deutschnationale Lawrenz, sondern auch der Beamtensachmann der Deutschen Volkspartei, Morath, wandte sich gegen die Beschlüsse des Ausschusses. Beide traten für die Gehälter der höheren Beamten ein und vor allem Morath erklärte, daß man endlich damit aufhören sollte, immerfort von dem sozialen Empfinden zu reden.

Zwar sollte ursprünglich bereits nachmittags gegen 1/2 Uhr abgestimmt werden. Man glaubte, daß sich die bürgerlichen Parteien mit einer Erklärung begnügen würden. Inseht aber ergab sich eine ellenlange Rederlei. Der Redestrom wurde unersetzbar, so daß die Entscheidung gestern noch nicht erfolgen konnte. Zum Abend hatte Genosse Löbe die sozialdemokratische Fraktion, zugleich auch im Auftrag der übrigen „Fraktionsindianer“ — d. h. die

Amerika-Delegierten zur Tagung der Interparlamentarischen Union — eingeladen, so daß, wie auch sonst üblich, gegen 7 Uhr geschlossen wurde. Aus diesen Gründen wurde auch die Abstimmung vorzeitig. Sie wird auch heute noch nicht ohne weiteres vor sich gehen, da noch etwa ein halbes Dutzend Redner auf der Liste stehen. Soviel aber steht heute bereits fest, daß bei der Abstimmung der Reich mitten durch das Lager der großen Koalition gehen wird. Möglicherweise hängt es von wenigen Stimmen ab, wie die Entscheidung fallen wird. Sind das Zentrum und die übrigen Linksparteien stark vertreten, dann dürfte der Ausschlußbeschl. zur Annahme gelangen, andernfalls könnte das Ergebnis zweifelhaft sein. Jedenfalls ist das ein nicht gerade würdiger Ausfall zur großen Koalition und Herr Dr. Koch wird mit immer neuen Widerständen zu rechnen haben. Außerdem beugt dieser Vorgang abermals, welche Schwierigkeiten sich der neuen Regierung noch entgegenstellen werden. Und vielleicht behält Hindenburg tatsächlich recht, wenn er erklärte, daß im Angesicht der schier unübersehbar erscheinenden Gegensätze die Festigung für die große Koalition bis zum Frühjahr aufgeschoben werden müsse. Jedenfalls ergeben sich von Tag zu Tag immer erneut Probleme, die ein Zusammenarbeiten der großen Koalition unmöglich machen. Zwar orakelt Georg Bernhard, der geistige Vater der großen Koalition, in der Westfälischen Zeitung, wie ein Mitglied über die „innere Logik der Dinge“, die die Entscheidung der sozialdemokratischen Fraktion zur Folge habe. Er erklärt, daß man wohl oder übel auch B sagen müsse, wenn man schon dazu überging, den ersten Vorschlag des Alphabets auszusprechen. Die Tüchtigen Rumbach, das Organ Dr. Stresemanns, ist über die große Koalition nach wie vor recht wenig erbaud. Darüber freut sich die Deutsche Tageszeitung, die, wie auch die übrigen Rechtsorgane, jeden Vorgang registriert, der der großen Koalition Schwierigkeiten macht. Jedenfalls wird die Bildung der Regierung noch mancherlei Überfallungen bringen.

Ursprünglich war geplant, bis zur Vertagung des Reichstages, d. h. bis zum 18. Dezember, das Programm der neuen Regierung entgegenzunehmen. Vorläufig steht es noch nicht danach aus, als wenn bis dahin ein Kabinett überhaupt zustande käme.

Wie schon mitgeteilt, halten die Deutschnationalen nach der Entlassung Dr. Schieles, des Pensionierungsgesetz, einen Antrag eingebracht, der die Regierung ersucht, eine Denkschrift auszuarbeiten, in der namentlich die Pensionsträger seit dem November 1918 aufgeführt werden sollen. Die Sozialdemokratie vermag dieser Denkschrift mit äußerster Ruhe entgegenzutreten, da unter den Ministerpensionären aller Wahrscheinlichkeit nach nur zwei sozialistische Minister zu finden sein werden. Sie beantragte aber, daß die Denkschrift nicht erst mit dem November 1918 befristet sein soll. Es soll ganze Arbeit geleistet werden. Das deutsche Volk soll erfahren, welche der ehemals kaiserlichen Minister und mit welchen Dotationen sie von der Republik erhalten werden. Außerdem wird gewünscht, daß auch über die Pensionen dieser Feldmarschälle Klarheit geschaffen werde.

Bei der traditionellen „Wahrheitsliebe“ der Deutschnationalen sollte nicht daran gezwweifelt werden, daß der sozialdemokratische Antrag einstimmig angenommen wird.

## Loucheurs Stellung erschüttert.

### Eine Niederlage der Regierung im Finanzausschuss.

SPD. Paris, 15. Dezember. (Radio.)

Die Finanzkommission der Kammer hat es am Montagabend mit 15 gegen 8 Stimmen abgelehnt, in die Diskussions der Hauptvorlage des Loucheurschen Finanzprogramms einzutreten, die die Schaffung von 8 Milliarden neuer Einnahmen zum Ausgleich des Budgets fordert.

Der von Renaudel gestellte Antrag lautete auf einfache Zurückverweisung des Gesetzentwurfs an die Regierung. Die Kommission hat jedoch mit 16 gegen 7 Stimmen einen Antrag des Genossen Aurioil angenommen, der die Bereitschaft der Kommission erklärt, mit dem Finanzministerium zusammenzuarbeiten zu dem Zweck der Aufstellung eines neuen Sanierungsprogramms auf der Basis der von diesen eingebrachten Gesetzentwürfe betreffend die Steuern- und Kapitalflucht, die Konsolidierung der Renten und die Umwandlung der Inhaberpapiere in Namenspapiere.

SPD. Paris, 15. Dezember. (Radio.)

Der Ministerrat wird sich heute mit den Konsequenzen der mit 16 gegen 7 Stimmen erfolgten Abstimmung für das Loucheursche Sanierungsprogramm beschäftigen, nachdem bereits am Montagabend Briand zusammen mit Loucheur, Painlevé und dem Unterstaatssekretär im Finanzministerium Morel über die durch das getriggerte Votum in der Finanzkommission geschaffene Situation beraten hatte. In parlamentarischen Kreisen gilt es als ausgeschlossen, daß es darüber zu einer Kabinettskrise kommen wird. Dagegen gilt die Stellung Loucheurs als Finanzminister schwer erschüttert. Er hat zwar in der vergangenen Woche erklärt, daß er zu einer weitgehenden Modifikation seiner Vorlagen bereit sei und es ist deshalb anzunehmen, daß er nunmehr den Versuch machen wird, mit der Kommission über eine Reihe Gesetzentwürfe zu verhandeln. Es ist jedoch sehr fraglich, ob eine solche Verständigung noch möglich sein wird. In parlamentarischen Kreisen ist man jedenfalls der Auffassung, daß Loucheur früher oder später die Konsequenzen aus der fait in allen Parteien bestehenden Opposition gegen sein Finanzprogramm wird ziehen müssen. Die 16 Stimmen, die am Montagabend die Vorlage zu Fall gebracht haben, setzen sich zusammen aus denen der Kommunisten, der Sozialisten, einem Teil der Radikalsocialen und mehreren Mitgliedern der Rechten.

## Das soziale Anliß des Sowjet-Staates.

G. In seinem Buch über die russische Revolution von 1905 wendet sich Trotski mit heftigem Hohn gegen eine Aufassung, die zwar die geschichtliche Unvermeidbarkeit eines bestimmten taktischen Weges zugibt, den Weg selbst aber nicht als den richtigen zu kennzeichnen vermag. So könnte auch unsere früheren Darstellung des Verlaufs der Revolution von 1917 entgegengehalten werden, wir selbst hätten unter Berufung auf Martow das Unvermeidliche der Nachtregreiffung durch das Proletariat zugegeben und es stünde uns nicht zu, an dieser geschichtlichen Tatsache Kritik zu üben. Diesen Einwand für sichhaltig zu erklären, verbietet uns jedoch die Geschichtsauffassung, auf der stehend wir an die Analyse der russischen Revolution herangehen: der Marxismus. Denn die geschichtliche Notwendigkeit eines Ergebnisses beugt noch gar nichts darüber, wie sich das Proletariat zu ihm zu verhalten habe. Man kann sehr wohl der Ansicht sein, daß der Münchner Räteaustand aus geschichtlicher Notwendigkeit keinen andern Ausgang haben konnte, als der ihm zuteil wurde, und kann doch die Rolle, die eine sozialistische Regierung in der Niederwerfung der Räte-Republik spielte, auf das entschiedenste verurteilen.

Die bürgerliche Revolution in Rußland ist zweifellos als ein Fortschritt, und daß sie vom Proletariat vollendet werden mußte, zweifellos als eine geschichtliche Notwendigkeit anzusprechen. Weder erhält aber dadurch die Revolution den Charakter einer sozialistischen, noch die Art ihrer Vollendung die Beurteilung, die einer im Interesse des Proletariats gelegenen Umwälzung zukäme. In der russischen Revolution war die Notwendigkeit der historischen Entwicklung mit den Lebensinteressen des Proletariats als Klasse in Widerspruch geraten. Weil aber das Proletariat sich als Klasse bereits erlankt hatte, war es nicht möglich, sein Interesse den abstrakten Notwendigkeiten der Entwicklung so zu opfern, daß dieses Opfer reibungslos und ohne Widerstand hätte gebracht werden können. Das Proletariat zerfiel in einander bestehende Teile, die im nachfolgenden Bürgerkrieg mehr als einmal auf verschiedenen Seiten des Schlachtfeldes standen.

Daß in dieser Situation eine Taktik hätte durchgeführt werden können, die objektiv richtig, wie es einst der marxistische Historiker tun wird, die widerstreitenden Tendenzen auf den proletarischen Renner gebracht hätte, ist eine solche Illusion, wie sie sich nur jemand leisten kann, der heute noch keine Theorie, die auf das Eintreten der Weltrevolution baute, als durch die Tatsachen erwiesen bezeichnet, weil — die Weltrevolution im vorausgesehenen Zeitpunkt nicht eingetreten ist.

Vielleicht mag aber von den russischen Marxisten in jenem Augenblick ein Fehler begangen worden sein, wo die Nachtregreiffung durch einen Teil des Proletariats bereits vollzogen war und es darauf angekommen wäre, die — geschichtlich unvermeidliche — Transformation der revolutionären Diktatur in die Staatsordnung eines kapitalistischen Staatswesens, die sich jetzt nach drei Jahren Bürgerkrieg und Schreckensherrschaft, nach sieben Jahren Massenelend anzubahnen beginnt, zu beschleunigen und zu mildern, um das Schicksal der Arbeiterbewegung rechtzeitig von dem des kapitalistisch werdenden Staates lösen zu können. Vielleicht, sagen wir, wäre in den ersten Monaten des Rätestaates die Verbreiterung seiner politischen Basis möglich gewesen, vielleicht wäre durch die Teilnahme der Sozialdemokratie an der Regierungsgewalt verhindert worden, daß die proletarische Diktatur ausartete in eine Diktatur über das Proletariat.

Ein solcher Weg ist nicht beschritten worden, während alle Versuche der sozialdemokratischen Arbeiterkraft, von a u ß e n auf die kommunistische Regierung Einfluß zu nehmen, in den Jahren des „Kriegskommunismus“ nur zur Verschärfung der Diktatur geführt haben.

Was ist das Wesen dieser Diktatur? Ist sie in der Tat bloß eine Erscheinung, die, schlimmer als der zaristische Despotismus, mit denselben Mitteln zu bekämpfen wäre wie der Zarismus? Oder ist sie, wenn auch keine demokratische Herrschaft des Proletariats, wenn auch despotischer Sozialismus, so doch immerhin Sozialismus?

Eins sei vorweggenommen: daß die bolschewistische Umwälzung die feudalistische Gesellschaftsordnung gründlichst befeitigt hat, ist nicht zu bestreiten. Das Revolutionäre dieser Umgestaltung ist über jeden Zweifel erhaben. So wäre es auch nicht richtig, wenn man in der Sowjet-Diktatur nur eine Diktatur sehen wollte. Nein! Die Diktatur der russischen Kommunisten ist mehr: sie ist dienliche Gewalt, die, so verabscheuungswürdig sie sein mag, die Funktion der Geburtshelferin einer neuen Wirtschaftsordnung erfüllt hat. Und sie wird solange bestehen bleiben, als diese Wirtschaftsordnung der Kapitalismus, ihre Fesseln nicht gesprengt hat.

Das Revolutionäre dieser Diktatur ist aber eben gerade dies: daß sie dem Kapitalismus den Weg ebnet hat, was nicht mehr und nicht minder mit Sozialismus Ähnliches

\* Vergl. die Aufsätze in den Nummern 241 und 248 der V. B.

seit hat, als die dem Sozialismus in geschichtlicher Perspektive den Triumph bereitende Zusammenballung des gesellschaftlichen Reichtums in den Händen einiger weniger Kapitalisten... Das Sozialistische im Gepräge eines Staates wird nicht durch die politischen Merkmale der Herrschaft einer einst sozialistischen Partei bestimmt, sondern durch die ökonomische Struktur der Gesellschaft, die auch die Ideologie der herrschenden Partei bestimmen gestaltet. Wenn Genosse Siegmund Kunzi (Kampf, 8/9) meint, die Abhängigkeit des ideologischen „Ueberbaues“ von dem wirtschaftlichen Fundament sei keine geradlinige, und es wäre denkbar, daß die Ideologie der heute in Rußland herrschenden Schicht von nachhaltiger Wirkung sehr löhne, so ist das sicherlich richtig. Gewisse Kunst überlegt bloß, daß diese Ideologie der Marxismus, eine aus der ganzen Struktur des modernen Kapitalismus entsprossene ist, und ihrer revolutionären Einheit entbehrt, sehr wohl zur Ideologie des aufstrebenden Kapitalismus werden kann. Auch das aufstrebende Bürgertum, diese Klasse, die in Rußland aus der Revolution hervorgeht, kann sich diese und jene marxistische Lehre aneignen. Was es sich aber nicht aneignen kann, ist eben der Grundgedanke des Marxismus: der proletarische Klassenstandpunkt. So ist es wohl möglich, daß so manche reaktionäre Bestrebungen, wie es ja heute schon in der russischen Sozialpolitik, Arbeiterbeschäftigung usw. der Fall ist, mit einem marxistischen Mantelchen verhüllt werden. Wir sehen hierin aber nicht die Gewähr einer sozialistischen Beeinflussung der gesellschaftlichen Psyche, sondern die gewaltige Gefahr einer geistigen Verwirrung, ähnlich wie sie dem russischen Proletariat vor mehr als zwei Jahrzehnten durch den Uebertritt einer Reihe marxistischer Theoretiker in das Lager des bürgerlichen Liberalismus entstanden war.

Es sehr wahrscheinlich es ist, daß diese und jene Einzelbestandteile marxistischer Auffassungen noch lange Zeit die Ideen der herrschenden Klasse in Rußland beeinflussen werden, so offensichtlich ist es zugleich, daß der Klasseninhalt dieser geistigen Momente bestimmt werden wird nicht dadurch, daß sie einmal zum geistigen Rüstzeug der proletarischen Klasse gehörten, sondern daß sie es in einer geschichtlichen Situation taten, wo diese Klasse im Interesse einer anderen die Vorbildungen schuf für deren Herrschaft.

Betrachtet man heute das soziale Wesen des Sowjetstaates, so sieht man, daß nicht nur die Wirtschaftspolitik, die sozialpolitische Gesetzgebung, die Lohn- und Arbeitszeitpolitik des Staates, sondern daß auch seine politische Struktur langsam zwar mit erheblichen Rückschlägen, aber doch in immer stärkerem Maße sich den Interessen des aufstrebenden Kapitalismus annähert.

Der wirtschaftliche Wiederaufbau des russischen Staates vollzieht sich nicht mehr auf der staatskapitalistischen Basis, die durch die Unterdrückung einer privaten Kapitalbildung den Prozeß der Herausbildung einer neuen Bourgeoisie hinauszögert und in die Länge zog. Der im Frühjahr 1921 inaugurierte Kurswechsel, mit dem dem privaten Kapital ein gewaltiger Atonenstoß verlehrt wurde, hat täglich versagt. Es erwies sich als unmöglich, von Staats wegen oder durch die vereinten Kräfte der Genossenschaften den Kapitalbedarf der außerordentlichen Volkswirtschaft zu decken. Schon vor einem halben Jahr wurde mit der Proklamierung der N.E.P., der „allernuesten“ Wirtschaftspolitik, zum Rückzug geblasen. Die Förderung einer Akkumulation des Kapitals steht auf der Tagesordnung, das Problem der Wiederherstellung des Grundkapitals der russischen Volkswirtschaft ist im letzten Halbjahr, wie das amtliche Wirtschaftsorgan der Regierung schrieb, zum „zentralen Problem“ geworden.

Im Mittelpunkt des Regierungsprogramms steht der Wiederaufbau der Industrie. Dieser aber erfordert ungeheure Mittel. Die Industrie kann ohne einen Akkumulationsprozeß überhaupt nicht existieren. Die Betriebe, die in den Jahren des Bürgerkrieges ausrangiert worden sind, müssen wieder in Gang gebracht und die heute noch arbeitenden Betriebe müssen durch Zuschüsse vor der Stilllegung bewahrt werden. Doch handelt es sich nicht mehr wie früher um die Beschaffung von Betriebskapital: das Grundkapital muß erneuert werden. Weil eben eine Akkumulation des Kapitals in den letzten Jahren nicht stattfand, wurde zur Fortführung der Betriebe das Grundkapital aufgezehrt. Da die notwendigen Reparaturen nicht vorgenommen werden konnten, wurden ganze Betriebe stillgelegt, um andere mit den freigewordenen Maschinenteilen und dem sonstigen Inventar zu versehen. Viele sog. „Konfiszierung“ von Betrieben hat dazu geführt, daß jetzt gewaltige Fabriken ohne jegliche Maschinerie dastehen und alles neu aufgebaut werden muß.

Die Anforderungen, die die mittellose Industrie an den Staat richtet, werden immer größer. Nach der Berechnung des amtlichen Wirtschaftsorgans belaufen sich die Mindestforderungen für die Wiederinstandsetzung der industriellen Produktion für das Rechnungsjahr 1925/26 auf 850 Millionen Rubel, wovon der Staat im Höchstfall 290 Millionen zu decken beabsichtigt. Die staatlichen Subventionen zu erhöhen, heißt aber, einer neuen Inflation entgegenzutreten. Die Gefahr der Kreditinflation ist besonders groß, was den Finanzkommissar Solownikow im Frühjahr zu der Drohung veranlaßte, durch eine Kreditrestriktion eine Massenstilllegung von Betrieben mit Massenarbeitslosigkeit herbeizuführen. Die angeforderte Erweiterung der industriellen Produktion im Hinblick auf die Realisierung der Ernte hat weiterhin auch die Mobilisierung des Handelsapparates, der ebenfalls über keinerlei Mittel verfügt, zur Voraussetzung.

So hat sich die Sowjetregierung seit dem Frühjahr 1925 bequemen müssen, dem privaten Kapital Tür und Tor zu öffnen. Das dessen Forderungen nach irgendwelchen Rechs-garantien nicht völlig unberücksichtigt bleiben konnten, versteht sich am Bande. Die Bauernpolitik der Regierung ist seit der N.E.P. konsequent auf die Bevorzugung des „Kulak“, des Dorfwahers, eingestellt. Der Kollisions-tag für das landwirtschaftliche Proletariat wurde aufgehoben, die Verwendung von Kindern als Arbeitskräfte wieder zugelassen. Dem wohlhabenden Bauern, der das Dorf beherrscht, ist es schließlich sogar gelungen, eine Art „Wahlfreiheit“ zu erringen, die freilich noch keine politische Gestalt angenommen, es aber doch der oberen Dorfschicht gestattet hat, die ihr unbequemen Vertreter der Regierungsgewalt aus den Dorfgemeinden hinauszujagen und die eigenen Kandidaten an deren Stelle zu setzen.

Nur das Bürgertum der Stadt, das sich aus den waghalsigen Elementen der Händler und Schleichhändler und zu einem großen Teil auch der Sowjetbureautratie emporgearbeitet hat, noch nicht in den Genuß solcher Rechte gelangt, so wird es doch jedenfalls als ein notwendiger Bestandteil des Staates angesehen, seine Tätigkeit durch Kredit- und Steuererleichterungen begünstigt und seine Vertreter neuerdings von den Würdentägern des Regimes in amtlicher Eigenschaft empfangen. Das alles kann aber dem privaten Kapitalisten nicht geben, was er nicht hat, was er aber auf Geheiß des Staates beschaffen soll: Kapital. Soweit kein Kapital aus

dem Ausland zufließt, kann allein werkschaffende Arbeit Kapital liefern. Und hat sich das Dorf der unmittelbaren Ausbeutung vorderhand entzogen, so wird das Industrieproletariat zum hauptsächlichsten Objekt privater und staatlicher Ausbeutung.

Die statistischen Zahlen über die Arbeitsleistung des russischen Arbeiters zeigen, daß in der Regel die Vorkriegshöhe erreicht ist, — und immer noch belreiben die Unternehmer (gleichviel ob staatlicher oder privater Betriebe) die Arbeitsintensivierungskampagne. Die Streiks im mitterrussischen Textilbezirk haben die Aufmerksamkeit auf die unerträglichen Arbeitsbedingungen des russischen Proletariats gelenkt. Die Regierung mußte nachgeben, doch ist die Streikwelle nicht zum Stillstand gekommen, und das staats- und privatkapitalistische Unternehmertum setzt seinen Feldzug fort.

Zudem sind die russischen Gewerkschaften seit Jahren keine Arbeiterorganisationen mehr, sondern staatliche Bureaus, die die Beiträge durch die Betriebsverwaltungen einlassen lassen und ihr Hauptaugenmerk nicht auf die Höhe der Löhne, sondern auf die Interessen der Arbeiter durch den Staat richten. Das Proletariat sieht sich jeder Organisation und im Rahmen des diktatorischen Regimes der Rechtslosigkeit auch jeder legalen Organisationsmöglichkeit beraubt. Es sieht sich in tiefstem Elend, umgeben von dem widerwärtigsten Luxus der „roten Direktoren“ und der „NEP-Männer“, der privaten Kapitalisten. Es sieht, wie die neue Bourgeoisie in die Stellung einer bevorzugten Schicht herauftritt, und wie die Bauern die Gewährung minimaler politischer Rechte erzwingen. Und es beginnt ebenfalls Widerstand zu leisten und sich zu sammeln, es rüstet zum Kampf. In welchen Formen und unter welchen Parolen die Selbstorganisation der Arbeiterklasse erfolgt, darüber soll in einem weiteren Aufsatz gesprochen werden.

### Die Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung. Neue Verzögerung durch die Regierung.

SPD. Berlin, 15. Dezember. (Radio.) Amtlich wird gemeldet: „Die vom Reichstag beschlossene Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung bedarf noch der Verhandlung mit dem Reichsrat. Diese Verhandlung ist mit der größten Beschleunigung angeht worden, so daß es möglich sein wird, die Erhöhungen bereits mit dem 21. Dezember 1925 in Kraft treten und noch vor Weihnachten den Erwerbslosen zugute kommen zu lassen. Die gewünschte Erhöhung vom 15. Dezember ab war begründlicherweise nicht möglich, da bis zu diesem Termin die notwendige Verhandlung mit dem Reichsrat nicht hätte ermöglicht werden können.“

Die Art, wie die Reichsregierung — und nur sie allein trägt die Verantwortung für diese Maßnahme — die Auszahlung der Erwerbslosenunterstützung erhöhen hinauszögert, ist eine unerhörte Eigenmächtigkeit. Sie widerspricht in jeder Beziehung dem Willen des Reichstages, der zweifelslos eine sofortige Durchführung der von ihm beschlossenen Maßnahmen wünscht. Die Verzögerung auf den Reichsrat wirkt lächerlich, der Reichsrat wäre durchaus in der Lage, die Forderungen rückwirkend zu bewilligen. Im übrigen ist gar nicht einzusehen, weshalb ein Beschluß des Reichsrates nicht vor dem 15. Dezember herbeigeführt werden könne. In anderen Fällen hat man es sehr wohl verstanden, eine Sitzung des Reichsrates am gleichen Tage herbeizuführen, an dem der Reichstag ein Gesetz verabschiedet hat. Die Reichsregierung zögert durch die Verzögerung nur, daß ihr die Hilfemaßnahmen für die Erwerbslosen viel weniger wichtig sind als andre Gesetze. Es ist der Geist Dr. Luthers, der aus diesem Verhalten spricht.

### Erhöhung der Invalidenrenten beantragt.

Man schreibt uns: Die sozialdemokratische Fraktion hat im Reichstag einen Antrag eingebracht, nach dem die Invalidenrenten um 5 Mark aus Reichsmitteln und um 5 Mark aus Mitteln der Invalidenversicherung erhöht werden soll. Außerdem werden beantragt, auch an die Witwen Renten zu zahlen, wenn der versicherte Ehemann vor dem 1. Januar 1912 verstorben ist oder invalide wurde. Weiter sollen den Witwen, die vor dem 1. April 1925 rentenberechtigt waren, zu den bisherigen Renten die Steuererhöhung gezahlt werden für Beiträge, die vor dem 30. September 1921 geleistet worden sind. Schließlich ist beantragt, auch den Invaliden, die vor dem 1. August 1923 invalide geworden sind, gegebenenfalls das erhöhte Kindergeld von 750 Mk. im Monat zu gewähren.

Die Rentenverhöhung ist eine zwingende Notwendigkeit. Dagegen ist aber auch dringend erforderlich, daß die unterschiedliche Festsetzung der Renten und Nebenbezüge je nach der Zeit des Eintritts der Invalidität beseitigt wird.

Der Reichsrat genehmigte am Montag die Ausführungsbestimmungen zur Sonderunterstützung an Hausgewerbetreibende, Angestellte und Arbeiter im Tabakgewerbe. Soweit diese durch die Erhöhung der Tabaksteuer erwerbslos werden, müssen sie nach den Vorschriften des Reichstages besonders unterstützt werden. Nach dem Beschluß des Reichsrates sollen den Gemeinden die Aufwendungen hierfür nicht nur zu 75, sondern zu 80 Prozent zurückerstattet werden.

### Die Ruhrentschädigung für die Erwerbslosen.

SPD. Im preussischen Ausschuss für das besetzte Gebiet teilte die Regierung mit, daß vom Reichsarbeitsministerium für die geschädigten Erwerbslosen aus der Zeit des passiven Widerstandes 13 Millionen zur Verfügung gestellt worden sind. Von dieser Summe soll Preußen 7 Millionen erhalten. Die Regierung hält diese Summe für unzureichend und ließ sich vom dem Ausschuss beantragen, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß die bei der Unterstützung voraussichtlich entstehenden Fehlbeträge über den für Preußen zur Verfügung stehenden Betrag hinaus gedeckt werden und die Auszahlung noch vor Weihnachten durchgeführt wird.

### Basilles Geheimnisse.

SPD. Anfragen der sozialdemokratischen und demokratischen Landtagsfraktionen verlangten von der Regierung Basilles Auskunft über die Gründe ihrer Stimmenthaltung bei der Abstimmung über die Locarno-Verträge im Reichsrat. In seiner Antwort erklärte Staatspräsident Basille, daß die württembergische Regierung „beschlossen“ habe, dem Vertrag zuzustimmen, sich aber mit Rücksicht auf die Auswirkungen des Vertrages das Protokoll offen zu halten. Infolge der namentlichen Abstimmung im Reichsrat habe er Stimmenthaltung veranlaßt. Dem Einspruch gegen die Locarno-Gesetze bei der zweiten Lesung im Reichsrat habe Württemberg nicht zugestimmt, weil damals ein Einfluß auf die Rückwirkungen nicht möglich war. Zur Begründung seiner von der deutschnationalen Partei abweichenden zustimmenden Haltung zum Locarno-Vertrag erklärte Basille, daß er von Erwägungen ausgegangen sei, die von den sonst in Deutschland üblichen grundsätzlichen seien, über die er aber vor dem Landtag keine Auskunft geben könne. Bei der Abstimmung im Reichstag habe er zwar gestimmt, doch sei es unklar, daß er sich trauen gemeldet habe. Der Antrag der Demokraten bedauerte die Haltung der Regierung bei der Abstimmung im Reichsrat, der sozialdemokratische Antrag mißbilligte sie. Alle Anträge wurden mit den Stimmen des Zentrums und der Rechten abgelehnt.

### Ein weiterer Gememord?

SPD. Berlin, 15. Dezember. (Radio.)

Im sozialwissenschaftlichen Klub in Berlin sprach am Montagabend vor einem eingeladenen Kreise der Autor der aufsehenerregenden „Weltbühnenartikeln“ über die Gememorde. Er teilte bei dieser Gelegenheit einen neuen Fall mit, von dem anzunehmen ist, daß auch hier ein Gememord vorliegt. Es handelt sich um einen 33jährigen Bäcker aus Frankfurt a. O. namens Legener, der auf Veranlassung eines Leutnants Weich-Ramph und eines Oberleutnants Putschinski in die schwarze Reichswacht eingetreten war. Seit Februar 1923 ist Legener spurlos verschwunden. Seiner Mutter wurde erklärt, er sei unter dem Verdacht einer Munitionsjahmung flüchtig geworden und werde festlich gesucht. Als später die Mitteilungen von den Gememorden durch die Öffentlichkeit gingen, wurde die Mutter stugig. Es wurden dann private Ermittlungen angestellt. Das Artilleriekommando in Jüterbog erklärte, man könne sich der Sache jetzt nicht mehr erinnern, glaube aber, daß Legener zum Arbeitskommando des Wehrkreises III, also zu dem bekannten Oberleutnant Schulz, geschickt worden sei. Andere Ermittlungen ergaben, daß von Küstrin aus eine Mitteilung auf das Gut Bettschen eines Grafen Dohna in der Nähe von Netze im Februar 1923 gelangte. Es ist jedoch vorerst nicht erwiesen, ob Legener zu dieser Abteilung gehörte. Festgestellt werden konnte aber inzwischen, daß ein Unteroffizier Brauer damals erzählt hat, in Bettschen seien „schlimme Dinge“ passiert. Einer der mit dem Gememorden befaßten Untersuchungsrichter soll, als ihm der Fall mitgeteilt wurde, mit dem Bemerkten abgelehnt haben, man müsse abwarten, da die Mutter ihren Sohn noch nicht als vermisst gemeldet habe. Der Schwester des vermißten Legener wurde, als sie sich um die Aufklärung der Angelegenheit bemühte, von einer unbekannten Seite gebroht, sie solle mit den Nachforschungen nach ihrem Bruder, dem es „gut gehe“, aufhören.

Es dürfte jetzt Sache der Polizei sein, zu diesen Enthüllungen Stellung zu nehmen und zu erklären, wie weit der Fall Legener bereits geklärt ist.

### Der Gememörder Büchling erschossen?

SPD. Berlin, 15. Dezember. (Radio.)

Einer Ermittlung des Untersuchungsrichters bei dem Landgericht Landsberg a. W. zufolge ist der meiste Gememörder Büchling schon 1921 einem Mord zum Opfer gefallen. Ein einwandfreier Nachweis dafür liegt jedoch, bisher nicht vor. Die Vermutung der Gerichte stützt sich auf einen neuen Leichenfund in Weidenburg, bei dem es sich zweifellos um einen Gememord handelt. Es ist natürlich nicht ausgeschlossen, daß hier tatsächlich die Leiche Büchlings in Frage kommt, obwohl nach Ansicht der Gerichtsärzte der Mord schon im Jahre 1923 verübt worden ist. In unerschütterten Kreisen spricht man davon, daß Büchling von Klapprotz erschossen worden sei. Auch der Name Bold wird in diesem Zusammenhang wieder genannt. Dem Gememörder Büchling werden mindestens zwei Dutzend Morde zur Last gelegt.

### Kube-Wulle-Wilemann.

Wer jagt die Wahrheit?

Amtlich wird mitgeteilt: In dem Prozeß gegen den wegen Mordes zu acht Jahren Gefängnis verurteilten Grütle-Lehder hat die Angeklagte Angaben über ein angebliches Mordkomplott gegen den Minister Severing und außerdem über angebliche Äußerungen der Abgg. Kube und Wulle gemacht. Die Staatsanwaltschaft hat sich bereits mit der Prüfung der Sache befaßt und wird auch die Frage prüfen, ob die Angelegenheit dem Oberstaatsanwalt vorzuliegen sei.

In einer Zuschrift an den Vorwärts bekennt der Oberleutnant und Reichstagsabgeordnete a. D. Wilemann, daß er den Vortag Grütle-Lehder den Abgg. Wulle und Kube zugeführt habe. Wahr sei nur, daß der ihm gänglich unbekannt gewordene Grütle-Lehder eines Tages, als Wilemann Wulle vertrat, auf dem Geschäftszimmer erschienen sei und über Differenzen in einer deutschnationalen Ortsgruppe berichtet. Darauf habe er ihn pflichtgemäß an das geschäftsführende Vorstandsmitglied Wulle verwiesen. Die Darstellung des Herrn Wilemann steht im Widerspruch mit der bekannten Erklärung, die Herr v. Graefe im Auftrag von Kube und Wulle veröffentlicht hat. In dieser Erklärung heißt es:

„Beide Abgeordnete, denen Grütle-Lehder durch den früheren Abgeordneten Oberleutnant Wilemann zu einer Unterredung in organisatorischen Fragen zugeführt war, erklären die Aussagen des Grütle-Lehder für erdunken und erlegen und sind bereit, das mit ihrem Eide zu betätigen.“

Mit Recht bemerkt deshalb der Vorwärts zu der Wilemannschen Berichtigung: „Das steht doch ganz danach aus, als ob die Herren sich gegenseitig die Verantwortung zuzuschreiben suchten. Das moralische Werturteil über die württembergischen Führer wird dadurch nur bekräftigt.“

### Fürsten und Geindel.

In dem kürzlich veröffentlichten Kriegstagebuch des nachmaligen Kaisers Friedrich III. findet sich auf Seite 428 folgende bemerkenswerte Eintragung:

München, den 17. Juni (1871). Zu dem auf heute abend angelegten Fejt der Stadt München zu Ehren der Truppen hatte ich bereits in London eine Einladung erhalten und angenommen. Das war dem König und seinen Oheimen, die niemals aus Festlichkeiten der Bürgererschaft erschienen, höchst unangenehm, und, nachdem die Prinzen Luitpold und Albrecht ihrem Neffen (dem König) Bewiesen hatten, daß er unmöglich zu jenem „Geindel“ gehen könnte, setzte der König alle Hebel an, um zu verhindern, daß ich mich auf das Abendfest befe. Ich blieb aber fest und suchte vielmehr meinerseits, wenn auch umsonst, ihn zum Hinsehen zu bewegen.

In der Abschiedsrede sind allerdings die Herren dem „Geindel“ gegenüber weniger zurückhaltend.

### Die neue persische Dynastie.

U London, 14. Dezember.

Wie Reuters aus Teheran meldet, hat die persische verfassunggebende Versammlung in einer vierstündigen Sitzung einstimmig die Abänderung der Artikel 36, 37, 38 und 40 der Verfassung beschlossen. Durch diese Änderung wird Kija Khan Bahadur zum König von Persien gewählt, und zwar als erster Herrscher der neuen persischen Dynastie. Sein ältester Sohn gilt fortan als Kronprinz. Die Verabredung des neuen Königs findet am Dienstag statt.

Der neue portugiesische Präsident. Aus Lissabon wird gemeldet: Zum Präsidenten der Republik ist im zweiten Wahlgang mit 158 gegen 12 Stimmen Bernardino Machado gewählt worden.

# Der Völkerbundsrat.

## Die Locarno-Verträge beim Völkerbund hinterlegt.

Griechenland zu 20 Millionen Devisen Schadenersatz verurteilt.

SPD, Genf, 14. Dezember.

Der Völkerbundsrat schloß am Montagvormittag die Beratungen über den griechisch-bulgarischen Konflikt ab. Der Bericht Chamberlains folgte durchweg demjenigen der Untersuchungskommission. Der Grundgedanke ist, daß kein Staat, auch wenn er sich dazu berechtigt glaubt, mit Waffengewalt vorgehen darf, ohne sich an den Völkerbund zu halten. Im anderen Falle muß er den angerichteten Schaden bezahlen. Die Einwendung Griechenlands, daß seine Regierung über die ihm auferlegte Entschädigung von zusammen 30 Millionen Devisen nicht angehöret worden sei, wurde dadurch für hinfällig erklärt, als auch die bulgarische Regierung darüber nicht befragt worden war. Die Kommission müßte so vorgehen, um in der ihr zur Verfügung stehenden kurzen Zeit mit der Untersuchung und der Berichterstattung fertig zu werden. Ueber die Maßnahmen zur Beseitigung ähnlicher Zwischenfälle in der Zukunft einigten sich die Vertreter Griechenlands und Bulgariens untereinander mit einigen kleinen Veränderungen auf die Kommissionsvorschlüge. Für eine Neuregelung der Auswanderung von bulgarischen Mazedoniern sollen die beiden Regierungen sofort in Unterhandlungen treten und dem Völkerbundrat vor seiner nächsten Tagung darüber berichten. Die Vertreter der beiden Regierungen, Raffo und Kentis, erklärten zur Entscheidung des Rates ihre Zustimmung, wobei der griechische Delegierte eine verbale Anspielung auf die Korfu-Affäre machte, bei der sich der Völkerbund bekanntlich zum Schutze der Griechen weniger stark gezeigt hat. Die bereits von Chamberlain dargelegte prinzipielle Bedeutung der Entscheidung wurde von Paul Boncour noch besonders unterstrichen, während der Vorsitzende Scialoja hervorhob, daß keine der beiden Parteien als Verantwortliche, sondern beide als Ausgeschützte aus den Verhandlungen hervorgehen.

Anschließend wurden einige Fragen von geringerer Bedeutung behandelt. Böllig uerwartet nahm dann Chamberlain das Wort, um in feierlicher Erklärung die fünf Locarno-Verträge dem Völkerbund zur Aufbewahrung zu übergeben. Dabei wies er auf deren Bedeutung für die allgemeine Friedenssicherung hin und betonte, daß der Völkerbund nach dem Eintritt Deutschlands noch besser als bisher in der Richtung zum Frieden zu wirken vermöge. Paul Boncour übernahm seinerseits die beiden dazugehörigen Verträge Frankreichs mit Polen und der Tschechoslowakei dem Völkerbundrat und verlas eine Duplikate Briand, der seine Abwesenheit entschuldigte und ebenso wie Chamberlain auf den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund hinwies. Der Rat beschloß, die beiden Verträge dem Völkerbundrat im gleichen Sinne, wobei Benesch den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund als die Einleitung einer neuen Entwicklungsepoche des Deutschen Reiches bezeichnete. Der Vorsitzende Scialoja endlich las die häuslichen Mitteilungen an der Konferenz von Locarno den Dank des Völkerbundrates ab. Er beehrte diese Dankagung aus auf die abwesenden Vertreter Deutschlands und Polens, denen ein Protokoll der Sitzung übersandt werden soll.

II. Genf, 15. Dezember.

Der Völkerbundrat beriet gestern in geheimer Sitzung in Anwesenheit des englischen Vertreters den ganzen Nachmittag bis in die späten Abendstunden über die Moskufrage. Wie verifiziert wird, ist der schwedische Außenminister Anden, der zuletzt nur noch allein den Standpunkt einer Teilung des Moskufeldes zwischen der Türkei und Großbritannien vertrat, schwand geworden, so daß allgemein mit der Zuteilung von vier Fünfteln des Moskufeldes, bis zur Welikaja Grenze, an Großbritannien durch einen Schiedsspruch des Völkerbundes gerechnet wird.

SPD, Genf, 14. Dezember.

In einer geheimen Sitzung hat der Völkerbundrat am Montag die Einlegung des vorbereitenden Komitees für die einzuberufende internationale Wirtschaftskonferenz endgültig beschlossen. Das Komitee wird aus etwa 20 Mitgliedern zusammengesetzt werden, welche in der Eigenschaft als Sachverständige und nicht als Vertreter ihrer Länder zu fungieren haben. Die Vertreter des Internationalen Arbeitsamtes, zwei Arbeitgeber und zwei Arbeitnehmer, werden durch den Verwaltungsrat des Arbeitsamtes bestimmt werden.

# Deutschlands Reparationsleistungen.

Der Generalagent für Reparationszahlungen, S. Parzer Gilbert, hat am 12. Dezember 1925 der Reparationskommission einen vom 30. November 1925 datierten Bericht erstattet über seine Tätigkeit während des ersten Jahres der Durchführung des Sachverständigenplanes, das am 1. September 1925 abließ. In einem vom 30. Mai 1925 datierten Zwischenbericht hatte der Generalagent bereits der Reparationskommission über die ersten acht Monate der Durchführung des Planes berichtet. Der nunmehrige Bericht ergänzt und vollendet den früheren und gibt nicht nur einen Rückblick auf die Auswirkung des Planes im ersten Jahre, sondern auch ein Bild von der Entwicklung der deutschen Umstellung vornehmlich auf wirtschaftlichem und finanziellem Gebiete.

Damals ist Deutschland seinen Verpflichtungen, wie sie die Damesgeleche vorschreiben, im ersten Jahre nachgekommen. Wie es in Zukunft mit der Erfüllung der Verpflichtungen wird, hängt vom Ablauf der deutschen Waren auf dem Weltmarkt ab. Der Bericht sagt dann weiter, es treffe zweifellos zu, daß Deutschland in die Lage versetzt werden müsse, einen Ueberschuß von Waren oder Leistungen an die übrige Welt zu liefern, wenn es dem Auslande große Zahlungen leisten solle. Und wenn es dazu in der Lage sein werde, darüber werde unter anderem die Kreditgarantie entscheiden, die die Reichsbank und die deutschen Behörden im heimischen Markt mit dem zu ihrer Verfügung stehenden Geldmitteln betreiben.

Im letzten Abschnitt äußert sich der Generalagent dahin, daß der Weg, der zur Wiederherstellung des deutschen Wirtschaftslebens führt, noch nicht ganz zurückgelegt sei, und daß noch so manche Schwierigkeit zu überwinden sein werde. Man dürfe jedoch den Fortschritt nicht vergessen, der unter dem Sachverständigenplan gemacht worden ist, und um volles Verständnis für den Umschwung zu gewinnen, müsse man die heutigen Verhältnisse mit denen vergleichen, die vor der Einführung des Planes herrschten. Ohne die zwei wesentlichen Ziele des Planes erreicht zu haben, nämlich einen ausgeprägten Haushalt und eine werbeständige Währung, war eine Wiederbelebung des Handels und der Industrie Deutschlands nicht zu erwarten. Und diese beiden Ziele sind erreicht worden. Was Reparationszahlungen anlangt, so hat der Plan die regelmäßige Leistung von Zahlungen und Lieferungen an die Gläubigermächte ermöglicht. Vom ersten Anbeginn an ist der Plan auf der Grundlage bedauerlicherweise Vertrauen verwirklicht worden, und die allierten Mächte, die deutsche Regierung und alle die verschiedenen Stellen, die mit der Durchführung des Planes zu tun haben, haben sich zusammengefaßt, um ihn in dem Geiste durchzuführen, in dem er entworfen war.

# Kommunistische Professionsverbände in Berlin

Berlin, 14. Dezember.

Die Berliner Kommunisten veranstalteten am Sonntagvormittag im Berliner Lustgarten eine Professionsverbände gegen die unzureichende Unterstützung der Erwerbslosen, die mangelhafte Versorgung der Rentner und gegen die von der Reichsregierung beschlossene Abfindung der Fürstlichen. Die Beteiligung war verhältnismäßig groß. Zwischenfälle ereigneten sich nicht.

# Der Reichstag und die Beamten.

## 135. Sitzung des Reichstags.

Berlin, 14. Dezember.

Der Platz des Präsidenten, der heute seinen 50. Geburtstag feiert, ist mit drei großen Blumensträußen geschmückt. Am Regierungstisch hat der Reichskanzler Dr. Luther Platz genommen. Um 3 Uhr 15 Minuten eröffnet Präsident Ebe die Sitzung.

Abg. Fehrenbach (Zlr.): Der Präsidentenplatz ist zur Feier des 50. Geburtstags unseres Herrn Präsidenten mit Blumen geschmückt. Es ist ein neidvoll jugendlicher Geburtstag. Diese Jahre sind voll Mühe und Arbeit, aber auch von reichem Erfolge gewesen. Deshalb beteilige ich den Reichstag gern an der Ehrung dieses Geburtstagsfestes, betrachte er doch die Ehre seines Präsidenten als seine eigene Ehre. Ohne auf die ausgezeichneten Präsidialleistungen unseres Herrn Präsidenten jetzt einzugehen, glaube ich mich heute begnügen zu sollen mit den herzlichsten Glück- und Segenswünschen für die weiteren Jahre unseres Herrn Präsidenten. (Lebh. Bravo.)

Präsident Ebe erwidert: Ich danke Ihnen für die aufrichtigst freundlichen Worte, die ich etwas unverbürgt empfinde. Habe ich doch nur mein Amt zu verwalten können, weil ich vorher die Meisterhand meines Vorgängers lange genug kennengelernt habe, und weil Sie alle mit mir mit der Freundschaft und Liebe entgegengekommen sind, die eben wieder aus den Worten des verehrten Herrn Redners sprach. Was er zuviel gerühmt hat, werde ich versuchen, in den nächsten Jahrzehnten nachzuholen. (Große Heiterkeit.)

Des Haus tritt dann in die Tagesordnung ein. Auf Antrag des Abg. Feld (Wöfl.) wird beschlossen, den Antrag über die Vorlage einer Denkschrift über die Pensionen der bisherigen Reichsminister mit der Beratung über die Beschlüsse des Haushaltsausschusses betr. Besoldungsaufbesserungen der Reichsbeamten zu verbinden.

Abg. Morath (D. Sp.) gibt den Bericht des Ausschusses über die Verhandlungen. Der Ausschuss empfiehlt, die Anträge der Sozialdemokraten, Kommunisten und Wöflischen abzulehnen, dagegen folgende Entschädigung anzunehmen:

- Die Reichsregierung zu ersuchen, den allgemeinen Teuerungszulag für die Beamten der Gruppen I-IV von 12% vom Hundert auf 25 vom Hundert, für die Beamten der Gruppen V und VI von 12% vom Hundert auf 20 vom Hundert zu erhöhen.

Die Entzüge können kapitalisiert und in einmaliger Summe ausbezahlt werden.

Reichskanzler Dr. Luther erklärt, daß auch die Regierung den Wunsch habe, den Beamten eine besondere Unterstützung zuteil werden zu lassen. Aber die Form, in der der Haushaltsausschuss die Unterstützung beschlossen habe, sei ein Vorgriffen auf eine künftige dauernde und grundsätzliche Regelung. Die Regierung könne in ihrer Eigenschaft als geschäftsführende Regierung einer solchen Regelung nicht zustimmen, sondern bitte den Reichstag, einen Abänderungsantrag der Wöflischen Wöflischen Partei zum Beschluß zu erheben. Dieser Vorstoß habe bessere Aussichten auf die Zustimmung des Reichstags. Die Rücksichtnahme auf die Interessen der Länder und Gemeinden lasse es der Reichsregierung geboten erscheinen, mit der Gewährung einer Beihilfe über die 4. Besoldungsgruppe nicht hinauszugehen. Es sei der Regierung wohl bewußt, daß auch die höheren Besoldungsgruppen eine Erleichterung ihrer Lage brauchten, aber angesichts der steigenden Erwerbslosigkeit erscheine es geboten, die Bereitstellung von Mitteln auf die Fälle der größten Notdringlichkeit zu beschränken.

Der vom Reichskanzler zur Annahme empfohlene Änderungsantrag lautet und Genossen (Wagr. Volkspartei) hat folgenden Wortlaut:

- Als einmalige Notmaßnahme wird noch vor Weihnachten gefordert:
  - den Beamten, Marineoffizieren und Artillerieoffizieren, Besoldungsunteroffizieren und Angehörigen der Gruppen I-IV eine Auszahlung in Höhe von einem Viertel des ihnen für Dezember 1925 zuzurechnenden Monatsbezuges, den Beamten der Gruppen V und VI eine solche in Höhe von einem Fünftel des Monatsbezuges, mindestens aber a) den Beamten 30 Reichsmark, b) den Empfängerinnen eines Frauenzulags 35 Reichsmark statt 30 Reichsmark, c) den Empfängerinnen von Kinderzuschlägen oder Kinderbeihilfen für jedes Kind, für das im Dezember 1925 ein Kinderzuschlag oder eine Kinderbeihilfe gezahlt ist, außerdem je 5 Reichsmark, d) den Wöflischen insgesamt 10 Reichsmark;
  - den Reichsministerialbeamten und Reichsministerialbeamten ein Viertel der ihnen für Dezember 1925 zuzurechnenden Bezüge.

Abg. Bender (Soz.) erinnert an die Versprechungen, die die Reichsparteien vor der Wahl dieses Reichstags und bei seinem Zutritt dem Reichstag gemacht hatten. Später haben die Reichsparteien alle Versprechungen ausgeführt, so haben sogar ihre schönen Anträge verlesen, als sie zur Beratung und Abstimmung kamen. Nur warme Worte hatten sie noch für die Beamten übrig. Damit können diese aber nicht satt werden. Mit Ausnahme der Inflationsgeschädigten gibt es wohl keine Gruppe der Bevölkerung, die so an der Nase herumgeführt worden ist wie die Beamten. Nachdem durch die Steuer- und Zollpolitik alle Voraussetzungen für Preisrückgänge geschaffen worden waren, da wurde von der Regierung eine Aktion zur Senkung der Preise verprochen. Diese Aktion ist erfolglos geblieben, sie wird auch in Zukunft keinen Erfolg haben, solange nicht mit derselben Energie, mit der bisher eine Erhöhung der Löhne und Gehälter abgelehnt worden ist, gegen die Preispolitik der Kartelle vorgegangen wird. Mit der von der Wöflischen Volkspartei und der Regierung vorgeschlagenen Auszahlung von einmaligen Unterstützungen wird man die Beamten nicht beruhigen.

Sie wird nur neue Erbitterung schaffen.

Der Redner zeigt an einem Beispiel von einem Berliner Postamt, wie ungeheuerlich die Verschuldung der unteren Beamtenklasse geworden ist. Die gewaltige Mehrheit der Beamten wird von dieser Verschuldung betroffen, es muß ihnen endlich eine größere Summe in die Hand gegeben werden, damit sie ihre Existenz wieder aufbauen können. Die Arbeiterzeitung behauptet, daß 62,5 Prozent aller Einnahmen für Beamte und Pensionen verwendet werden, auf den Kopf müsse die Bevölkerung 135 M. für sie zahlen. Diese Behauptungen sind aufgestellt worden auf Grund der Riffen, die aus dem Reichsfinanzministerium stammen. Es wird aber dabei verstrichen, daß darin auch die sozialen Renten, die Unterstützungen für die Kriegsgenossen, für Pensionen usw. stecken. Wenn man alle diese Ausgaben abzieht, so kommt man vielleicht nur zu dem fünften Teil des Betrages, der von dem Blatte angegeben worden ist. Man braucht aber solche falsche Zahlen, um die Verschuldung gegen die Beamten aufzuheben.

Der Redner weist dann nach, daß der allergrößte Teil der Beamten unter dem von der Regierung angeordneten Durchschnitt von 3081 M. stehen, die Arbeiter, die ungefähr der Grupos 2 entsprechen, kommen im Durchschnitt nur auf 1306 M. im Jahr. Wenn der Reichstag eine Erhöhung der Bezüge der Beamten beschließt, dann muß er auch für die Arbeiter in derselben Weise sorgen.

Seit dem Ueber des vorigen Jahres haben die Beamten keine nennenswerte Zulage mehr erhalten, ihre Bezüge sind im Ganzen um 2 Proz. gesunken, außerdem der Erhöhung der Lebenshaltungskosten sind sie um mindestens 8 Prozent zurückgefallen. Es muß also unbedingt ein Ausgleich vorgenommen werden. Wenn

der Reichskanzler jetzt sagt, daß die geschäftsführende Regierung keine Verantwortung für den Beschluß des Haushaltsausschusses gegenüber der kommenden Regierung übernehmen könne, so ist ihm zu erwidern:

Wenn die Mehrheit des Reichstags den Antrag des Haushaltsausschusses zum Beschluß erhebt, dann ist die Regierung gebunden, dann trägt der Reichstag die Verantwortung.

Die Beamten können nicht so lange warten, bis die neue Regierung da ist. Wenn es sich um Zulagen für höhere Beamten handelt, dann ist man nicht so zurückhaltend, wo waren die Beschlüsse im Mai 1924 und im Dezember 1924, als es sich um die Bezüge höherer Beamten handelte. Ich erwarte also, daß die Regierung ihre Beschlüsse, die jetzt die unteren Beamten treffen, wieder zurücknimmt. Eine neue Regelung der Beamtenbesoldung muß erfolgen, wenn die unteren Beamten nicht vollständig verhungern und verenden sollen. Meine Partei wird für den Antrag des Haushaltsausschusses stimmen, trotzdem er uns nicht weit genug geht, uns kommt es jetzt aber darauf an, daß den Beamten bald geholfen wird.

Einige Worte zu dem Antrage der Deutschnationalen auf Vorlage einer Denkschrift über die Bezüge der Reichsminister. Wir haben den Antrag gestellt, in diese Denkschrift auch die Bezüge der früheren Minister des Kaiserlichen Deutschlands aufzunehmen, sowie die Pensionen der Generalfeldmarschälle, Generale usw. Ich hoffe, daß der Reichstag auch unserem Antrag seine Zustimmung geben wird. (Lebh. Beifall bei den Soz.)

Abg. Lauerrenz (Dnt.): Viele Beamte hätten im Vertrauen an die Erklärungen der Regierung Vorsitzende und Darlehen aufgenommen. Der Reichsfinanzminister v. Schlegel sei zu unrecht angegriffen worden. Er habe immer Verständnis für die Sorgen der Beamten gehabt. Auch nach seinem Ausscheiden werde es bei der Finanznot nicht anders werden. (Unruhe und Zurufe bei den Soz.) Die große Koalition könnte ja jetzt den Segen mit vollen Händen ausschütten. Eine Erhöhung der Grundgehälter könne jetzt nicht in Frage kommen; es bleibe nur der Weg einer einmaligen Auszahlung übrig. Das schiene parlamentarische System trage die Schuld daran, daß die Beamtenfragen keine befriedigende Lösung erfahren.

Abg. Morath (D. Sp.) behauptet, daß die Linksparteien nur für die Besoldungsgruppen soziales Empfinden hätten, die sie zu ihrer Anhängerzahl zählten. Unter sozialdemokratischer Kanzlerschaft sei es den Beamten noch schlechter gegangen. Daß die höheren Besoldungsgruppen leer ausgehen sollen, widerspreche der Parole von der gewerkschaftlichen Solidarität aller Arbeitnehmer. Mit radikalen Anträgen, die von Regierung und Reichstag nicht durchgeführt werden, sei den Beamten nicht geholfen.

Abg. Erling (Zlr.) tritt für den Antrag des Haushaltsausschusses ein. Auch er bringe den Beamten keine ausreichende Hilfe, aber er veruche wenigstens, dem dringenden Notstand abzuhelfen. Wenn die geschäftsführende Regierung nicht in solcher Weise einer späteren endgültigen Regelung vorgehen wolle, so sei das verständlich, hier aber handle es sich um eine Notstandsaktion, für die die Parteien des Reichstags die Verantwortung übernehmen könnten.

Staatssekretär Fischer vom Reichsfinanzministerium erklärt nochmals, daß der Antrag des Haushaltsausschusses für die Regierung unannehmbar sei.

Abg. Toepfer (Komm.) begründet einige kommunistische Anträge. Die vielen Selbstmorde in der Beamtenklasse seien nicht auf Liebeskummer, sondern auf die große Notlage zurückzuführen. Die Kommunisten hätten im Ausschuss unter Zurücksetzung ihrer eigenen Anträge für den Kompromißantrag gestimmt, der Antrag selbst sei für sie unannehmbar.

Abg. Schuldt-Egelsh (Dem.) wendet sich gegen den Vorwurf, daß sämtliche bürgerliche Parteien die Beamtenfragen abgelehnt hätten. Die Demokraten hätten sich stets für die berechtigten Forderungen der Beamten eingesetzt. Mit der immer aufs neue ausgefallenen Notlage der Beamten sei ihnen nicht geholfen, man müsse ihnen schon in anderer Weise zu Hilfe kommen.

Vizepräsident Ebe teilt mit, daß die Sozialdemokraten nachmittliche Abstimmung über den Antrag des Haushaltsausschusses beantragt hätten. Da noch sechs Redner eingetragen seien, empfehle sich, die weitere Beratung dieses Gegenstandes auf morgen zu verlegen. Nach kurzer Geschäftsordnungsdebatte wird beschlossen. Ein Gesetzentwurf zur Änderung der Rechtsanwaltsordnung wird an den Rechtsausschuss zurückverwiesen. — Um 7 Uhr verläßt sich das Haus auf Dienstagmittag 1 Uhr.

# Erfüllte Entwaffnungsverpflichtungen.

II. Berlin, 15. Dezember.

Die Morgenblätter melden aus London: Nach einer Meldung des Exchange-Telegraph aus Köln wird offiziell mitgeteilt, daß die Firma Krupp ihre sämtlichen Entwaffnungsverpflichtungen erfüllt habe, und infolgedessen die alliierten Kommissare am kommenden Donnerstag Eisen verlassen würden.

# Spanien verhandelt über Schiedsgerichtsverträge.

II. Berlin, 15. Dezember.

Die Morgenblätter melden aus Paris: Der Genfer Sonderberichterstatter von Hayes teilt mit, daß Spanien mit Frankreich, England, Portugal und der Schweiz über den Abschluß von Schiedsgerichtsverträgen verhandelt.

# Locarno-Verträge für den Balkan.

SPD, Belgrad, 14. Dezember.

Am 10. Januar wird die Kleine Entente in Belgrad zu einer Konferenz zusammenzutreten. Der tschechische Außenminister Dr. Benesch wird über die Locarno-Verträge sprechen. Die abzuschließenden Balkanverträge sollen ähnlich gehalten werden.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:  
Arthur Dahlke in Leipzig.  
Verantwortlich für den Inhaltsteil:  
Gustav Seyditz in Leipzig.  
Druck u. Verlag, Leipziger Buchdruckerei, Altmarktgesellschaft, Leipzig.

# Poetzsch Kaffee

## Weihnachtsmischungen

### in vornehmer Geschenckpackung

Diese Nummer umfaßt 12 Seiten.

**Film - Palast**  
 Andenau, Gundorfer Straße 31  
 Bis Donnerstag: Anfang 7 und 9 Uhr.  
 Ein prachtvoller Singfilm!  
**Barfüßle**  
 unter Mitwirkung erster  
 Berliner Opernsänger.  
 Das vorzügliche Beiprogramm.

**Luna-Lichtspiele**  
 Eutritzsch, Schlebeustraße  
 Anfang 7 und 9 Uhr.  
 2 herrliche Filme!  
**Die Insel der Versuchung**  
 Der Sensationsfilm:  
**Der Sturz ins Glück.**

**Apollo-Theater**  
 Am Bayr. Bahnhof. Nur noch 3 Tage! Fernsprecher 20 572.  
**Die Sensation für Leipzig!**  
**Breitensträter gegen Paolino**  
 Des Deutschen Meisters schwerster Kampf.  
 Ferner:  
**Unter Perlenfischern auf Hawaii**  
 mit Jean Tolley in der Hauptrolle. — 7 Akte. —  
 Außerdem:  
**Buster Keaton**  
 in seiner Detektiv-Groteske  
**„Sherlok Holmes jr.“** Beginn: 4.30 6.40 8.15

**ZUBAN**  
**Überaus preiswert**  
 muß heute jedes Fabrikat sein, wenn es trotz der schlechten Wirtschaftslage guten Absatz finden soll.  
 Versuchen auch Sie unsere neue  
**Bastei**  
 zu 4 Pfg.  
 die selbst höherpreisige Konkurrenzmarken weit übertrifft und Sie werden uns darin beistimmen: Am preiswertesten sind heute  
**Zuban-Zigaretten**

**Bayrische Gänse**  
 täglich frischer Eingang  
 Gerupfte Gänse prima Qualität . . . . . Pfund Mk. **1.45**  
 Bratfertige Gänse erstklassige Ware . . . . . Pfund Mk. **1.60**  
**Kaufe jeder in seiner Genossenschaft!**  
**Konsum-Verein Leipzig-Plagwitz u. Umg.**

Herr Ernst Sell in Böhlich-Ehrenberg beabsichtigt, in dem unter Nr. 46 Vkt. A der Ortsliste für Böhlich-Ehrenberg verzeichneten, an der Leipziger Straße gelegenen Grundstücke eine Schweinefleischerei zu errichten.  
 Gemäß § 17 der Reichsgewerbeordnung wird dies mit der Auforderung bekanntgemacht, etwaige Einwendungen hiergegen soweit sie nicht auf Verstoß gegen die Bestimmungen der Reichsgewerbeordnung beruhen, bei deren Verlust binnen 14 Tagen, vom Erscheinen dieser Bekanntmachung an gerechnet, hier anzubringen.  
 Leipzig, am 14. Dezember 1925.  
**Die Amtshauptmannschaft.**

**Dank.**  
 Bei der Feier unserer Silberhochzeit sind uns von lieben Verwandten und Bekannten durch so viele freundliche Wünsche, durch herrliche Blumenspenden und prachtvolle Geschenke so viel Beweise der Liebe dargebracht worden, daß es uns nur auf diesem Wege möglich ist, allen unseren innigsten Dank auszusprechen.  
 Ganz besonderer Dank sei auch den lieben Musikkollegen dargebracht.  
 Döitzig, im Dezember 1925  
**Reinhold Rahn und Frau.**

**Pelze**  
 Besätze - Kragen - Schals  
 preiswert  
**Pelzkonfektion „Globus“**  
 Am Hallischen Tor 12

**Günstige Gelegenheitskäufe**  
 in Brillantinnen, goldene Herren- und Damenuhren, goldene Uhrketten und Ringe, echt silberne Bestecke zu äußerst billigen Preisen.  
**Juwelier Karl Friedrichsen**  
 Nordstrasse 1 (Laden).

**Inzerate**  
 für die tägliche Nummer bestimmt erbitlen bis 10 Uhr vormittags am Erscheinungsort

Unter dem Kinderbestande 1. des Gutsbesizers **Wegmann** in Frankenstein Nr. 30/31, 2. des Gutsbesizers **Dieschold** in Frankenstein Nr. 18, 3. des Rittergutes **Gaugsch** und 4. der Pauline verw. **Koche** in Kölschbar Gut 46 ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen.  
 Gemäß § 8 161 ff. der Ausführungsbestimmungen des Bundesrats zum Reichs-Tierseuchengesetz vom 7. Dezember 1911 (RGBl. vom Jahre 1912, Seite 41 ff.) wird bestimmt, daß Frankenstein, Gaugsch und Kölschbar zum Sperrgebiet und die Gemeinde Döitzig zum Beobachtungsgebiet gehören.  
 Leipzig, am 14. Dezember 1925.  
**Die Amtshauptmannschaft.**

**Statt Karten.** Für die zahlreichen Beweise aufrichtiger Teilnahme die uns bei dem idneraliden Verluste unseres lieben Sohnes, Entels und Vaters  
**Felix Kaschke**  
 von allen Verwandten, Freunden und Bekannten entgegengebracht wurden, sagen wir unsern tiefinnigsten Dank. Besonders Dank für das ehrende Geleit, unsern lieben Hausbewohnern für die gütliche Sendung sowie Genossen Vogel für die tröstenden Worte.  
 Dir aber, du guter Felix, rufen wir ein Friede deiner Seele zu.  
 Leipzig-Kleinmischer, den 12. Dezember 1925  
**Fred Kaschke nebst Gattin Gertrud Müller als Stiefschwester und allen Hinterbliebenen.**

**Marxtrautadt.** Öffentliche Stadtverordnetenversammlung  
 Donnerstag, den 17. Dezember 1925, von abends 8 Uhr an, im Sitzungssaal, Reichsbahweg Nr. 1. Die Tagesordnung hängt im Rathaus aus.  
 Marxtrautadt, am 14. Dez. 1925.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Heimgange unseres lieben, unvergesslichen  
**Ernst Richard Krieger**  
 lassen wir hierdurch allen lieben Verwandten, Freunden und Bekannten unsern herzlichsten Dank. Besonders Dank auch Herrn Piarer Lobbe für seine tröstlichen Worte. Dies alles hat unsern Seelen wohlgetan.  
 Leipzig-Kleinmischer, den 14. Dez. 1925.  
**Martha verw. Krieger geb. Baßmayer u. Kinder Selma verw. Krieger als Pflegemutter nebst allen Angehörigen.**

Für die zahlreichen Beweise der Teilnahme bei dem Heimgange unseres lieben Vaters, des Bäckers  
**Karl Ecke**  
 sagen wir allen unsern innigsten Dank. Insbesondere danken wir dem Redner am Grabe, seinen Kollegen vom Konsumverein und dem Sozialdemokratischen Ortsverein zu Leipzig-Leutzsch für die erwiesenen Ehrungen.  
 L.-Leutzsch, am 14. Dezember  
 Die trauernden Hinterbliebenen

Sonntag abend 7 Uhr verstarb plötzlich an Herzschlag mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwieger- und Großvater  
**Andreas Heinrich Oelschläger**  
 im Alter von 63 Jahren. In tiefstem Beiseid  
 Großmischer, den 13. Dez. 1925  
**Emilio verw. Oelschläger**  
 nebst Hinterbliebenen  
 Die Beerdigung findet Donnerstag, nachmittags 2 Uhr, auf dem Friedhof Großmischer statt.

**Teilzahlung**  
 Aushänd sofort elegante  
**Mäntel**  
 kostliche Kleider  
 Windjack.  
**Gummimäntel**  
 Leib- u. Bettwische  
**Karl Hertlein**  
 nur Eisenbahnstr. 33, II. Etage.

**Jünglings-Anzüge**  
**Jünglings-Jackett-Anzüge** 16.50  
 farbig u. blau Gr. 38 38.50 28.50 22.-  
**Jünglings-Jackett-Anzüge** 45.-  
 eleg. Nadelstreifen, Ersatz für Maß Gr. 38 . . . . . 60.- 60.- 52.-  
**Jünglings-Sport-Anzüge** 25.-  
 praktische starke Qualitäten Gr. 38 . . . . . 60.- 45.- 34.-  
**Jünglings-Winter-Mäntel** 28.50  
 in flotten Formen, 2rhg. Gr. 38 45.- 38.50 34.-  
**Jünglings-Winter-Mäntel** 52.-  
 mit angewobtem Futter, eleg. Sitz u. modernste Muster . 75.- 64.- 60.-  
**Jünglings-Winter-Joppen** 7.85  
 warm gefüttert . 22.- 18.50 12.50

**Hollenbeurg**  
 Leipzig, Brühl 28-32  
 Sonntag, den 20. 12. Ist unser Geschäft von 12 bis 6 Uhr geöffnet.

Die Auswanderungsberechtigten

In Berlin ist es „Mode“ geworden, daß man noch schnell vor dem Ersinken im Elend auswandert... In Berlin wandern in jeder Woche mindestens 15 Seelen aus.

Und immer mehr Kohlenjungen werden hilfslos. Die englische Kohle ist besser und billiger, am billigsten jedoch ist die russische Kohle geworden.

Bücher für alle Erzieher.

Wilde: Gesunde Schulkinder! Lehmann, München, 1925. Geh. 5 Mark.

Der Leipziger Stadtschulrat, der zum Studium erschütterndsten Kinderelends überreiche Gelegenheit hatte, ruft Eltern, Lehrer, Ärzte, Stadtverwaltungen zu tatkräftiger Jugend-Vorsorge auf.

Krüger: Erziehungsprobleme der Reifezeit. Quelle & Meyer, 1925, in Leinwand 5,80 Mark, 156 Seiten.

Das Seelenleben des Jugendlichen ist pädagogisches Neuland. Was haben wir alle bisher auf diesem Gebiete geleistet? Wer auf Reifezeit heilsamen Einfluß ausüben soll und will, mache sich mit den hier gebotenen Vorkenntnissen vertraut.

Kant: Das proletarische Kind in der bürgerlichen Gesellschaft. Urania, Jena, 1925, 96 Seiten.

Ein klammernder Appell des Führers der österreichischen Kinderfreunde: Stellt euch vor das selbstberühmte, reiche Kind! Anschauliche Beispiele, wie die barbarische Klassengesellschaft es durch Wohnungs- und Nahrungsnot, industrielle und landwirtschaftliche Erwerbsarbeit peiniget und schädigt.

Rühl: Die Seele des proletarischen Kindes. Verlag Am anderen Ufer, Dresden-Buchholz, 21 S., geb. 3,50 Mark.

Der unerbittlich scharfe Zeichner der uns umgebenden „Kultur“, der bewährte Anwalt des bedrücktesten und verlassenen Geschöpfes, der vor reichlich einem Jahrzehnt „Das proletarische Kind“ in seinem soziologischen Profil trefflich umriß, versucht hier, wissenschaftlich auf Alfred Adler fundiert, das psychologische Profil herauszuarbeiten.

Borger: Neue Schulformen und Versuchsschulen. Verlag Hagen & Klasing, 1925, 324 Seiten.

Eine Sammlung lebensvoller Berichte der Gründer, Leiter und Lehrer von Versuchsschulen, die ein anschauliches Bild der neuen pädagogischen Bewegung bieten. Die freie Schulgemeinde Wiedersdorf, Landshauschule, die Freie Waldorfschule, die Berthold-Ottos-Schule, die Hamburger Gemeinschaftsschulen, Münch und Scharrelmann, Paul Dreier, Anna Siemsen u.a. kommen ausführlich zu Wort.

Weiters: Die Schule der Gemeinschaft. Quelle & Meyer. Leinwand 6 Mark, 175 Seiten.

Ideenreiche Vorkämpfer der soziologisch und psychologisch orientierten Gemeinschaftsschule wie Pausen und Korten, Peterien und Luferte, Schulpraktiker wie Kahrdi und Heins, auch Kirchenvertreter geben ein nach philosophischer Berleierung strebendes Bild ihrer Idealschule.

Sächsische Angelegenheiten. Wiedereinführung der Gefängnisgeistlichen in Sachsen.

Unter dieser Überschrift melden die L. N. N.:

Unter der Zeigner-Regierung waren die wenigen vorhandenen Gefängnisgeistlichen befreit worden. Drei davon hatten das Amt eines Fürsorgers in den Gefangeneneinrichtungen übernommen.

Diese Meldung bestätigt nur, was wir am 7. Dezember schrieben. Interessant ist an der Meldung, daß sie den Weg verrät, der zur Wiedereinführung der Gefängnisgeistlichen beschritten werden soll.

Mieterforderungen.

Der Landesverband Sachsen im Bund Deutscher Mietervereine e. V. hat in seiner Verbandssitzung am vergangenen Sonntag folgende Entschließung gefaßt:

- Der Landesverband fordert von Regierung und Landtag: 1. annehms der bedrohlichen Gestaltung der Wirtschaftslage... 2. den Anteil aus der letzten Mietzinssteuer für den Wohnungsneubau... 3. durch Änderung des geltenden Mietzinssteuergesetzes...

Um die Musikkapelle der Dresdner Polizei.

Der Dresdner Anzeiger berichtet: „Im Dresdner Polizeipräsidium war bekanntlich die Frage der Einrichtung einer Polizei-Musikkapelle erörtert worden.“

Was sagen Sie nun, Herr Würger?

Der sächsische Justizminister Würger ist ein eifriger Befürworter der gegenwärtigen Justizmethoden, die nicht immer — oder vielmehr nur selten — vom Publikum verstanden werden.

Ein neuer Ketter.

Es ist noch gar nicht lange her, da war das A und das O der deutschnationalen Politik der Hinweis auf den Ketter Hindenburg. Er und Herr Lindström werden es schon machen, und mit blonden Haaren und blauen Augen gucken die deutschnationalen Stampe-männer und deren Gefolgschaft („Süßig sind die geistig Armen!“) in die Welt.

In dem vollenparteilichen Dresdner Anzeiger finden wir einen Bericht über einen Familientag der Deutschnationalen Volkspartei, auf dem „Herr Landtagsabgeordneter M. Büttmann auf den Sinn der Veranstaltung hinwies, die als „Wochenfeier“ alle vereinigen sollte, die das gleiche wollen und erhoffen.“

Sachsen gegen den Entwurf zur Sicherung der Getreideversorgung? Aus Berlin wurde der Sächsische Republikanischen Korrespondenz die Meldung übermittelt, daß Sachsen in der letzten Sitzung des Reichsrates gegen den Entwurf eines Gesetzes zur Sicherung der Getreideversorgung im Jahre 1925/26 gestimmt habe.

Eine zweite Ausführungsverordnung zur Behebung der dringlichsten Wohnungsnot hat das sächsische Arbeits- und Wohlfahrtsministerium erlassen, die insbesondere die Regelung der Entlohnung von Bau- und Gartenland vorstelt.

Zollfuß für Pferde? Die Landwirtschaftskammer hat beim sächsischen Wirtschaftsministerium die Einführung eines „angemessenen Zollfußes“ für Pferde gefordert.

Ausgrabung der Leichen verschütteter Bergleute nach 58 Jahren. Im Vertrauensschacht Zugau stieß man bei Teufarbeiten auf Überreste der 101 Bergleute, die im Jahre 1867 bei einem Schacht-einsturz der „Zuggrube“ verschüttet worden waren.

Die 6. Landwirtschaftliche Woche findet vom 25. bis 29. Januar in Dresden statt.

Chemnitz. Eine Schreckensfahrt. Ein mit zwei Pferden bespannter Kohlenwagen geriet infolge der Glatte der vereisten Straße ins Schleudern. Der Besfahrer stürzte vom Wagen und die Pferde gingen durch.

Zwickau. Beim Rangieren tödlich überfahren. Auf dem hiesigen Bahnhof wurde beim Rangieren der 34 Jahre alte Rangierer Fritz Götz aus Lichtentanne überfahren und so schwer verletzt, daß er heute im hiesigen Krankenhaus gestorben ist.

Wauen. Im Kampfe gegen die Wohnungsnot. Die Stadtverordneten genehmigten in ihrer letzten Sitzung nach mehrstündiger Aussprache das vorläufige Wohnungsbauprogramm für 1926, wonach für Neubauten insgesamt 2.100.000 M. erforderlich sind.

Auerbach. Selbstmord eines vom Amt suspendierten Direktors. Der Direktor der Auerbacher Stadthaus A. G. Edmund Henkel, hat sich in seiner Wohnung erhängt.

Deberau. Ein Turm eingestürzt. Ein tödlicher Unfall ereignete sich auf dem Grundstück der hiesigen Aktiengesellschaft für Spinnerei und Weberei, wo ein im Bau begriffenes Stauwehr aus bisher noch nicht ermittelter Ursache einstürzte.

Zittau. Wiederaufbau des vernichteten Waldes. Die Aufforstung der Wälder des Zittauer Gebirges, die zu einem Schicksal von der Rönne vernichtet worden sind, wird seit einiger Zeit von der Stadtverwaltung mit Hordruck betrieben.

Hainichen. Gasexplosion. Bei einem Wohnungswechsel hatte man in der ausgemieteten Wohnung die Gaslampen abgenommen, aber vergessen, das Gasrohr abzuschrauben.

Geringswalde. Keine Auflösung des Stadtparlaments. Die von den bürgerlichen Parteien beantragte Neuwahl des Stadtparlaments wurde am Sonntag abgelehnt.

Freitag. Fürsorgemaßnahmen. Die Stadtverordneten haben einen Anbau an das städtische Säuglingsheim beschließen. Die Kinderpflege in den Schulen soll auch in der zweiten Hälfte des Winterhalbjahres fortgeführt werden.

## Gewerkschaftsbewegung. Die Reichsbahngesellschaft provoziert.

### Geschickerte Lohnverhandlungen.

Die Lohnverhandlungen zwischen den vertragsstiftenden Organisationen der Eisenbahnarbeiter und der Reichsbahngesellschaft, die am Montag fortgesetzt wurden, sind wieder gescheitert. Bei der sozialen Einstellung des Verwaltungsrates der Reichsbahn war jeder Versuch, zu irgendeinem Ergebnis zu kommen, von vornherein aussichtslos. Die Vertreter der Reichsbahngesellschaft lehnen die Forderungen der Organisationen rundweg ab. Sie verzichten aber darauf, ihre ablehnende Haltung mit der Finanzlage der Reichsbahn zu begründen. Was an Argumenten gegen die Lohnforderungen ins Treffen geführt wurde, war nicht der Widerlegung wert. Die Vertreter der Reichsbahngesellschaft redeten z. B. davon, daß infolge der durch Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit in der Privatindustrie hervorgerufenen Senkung des Reallohnes die Eisenbahner noch verhältnismäßig gut dastünden.

Unverschämter konnten die notleidenden Eisenbahnarbeiter nicht provoziert werden, als es durch die Haltung der Reichsbahnverwaltung in den Verhandlungen geschehen ist. Nach den leitenden Herren der Reichsbahngesellschaft, die selbst außerordentlich hohe Gehälter beziehen, muß erst die Not der Eisenbahner der noch größeren Not der Erwerbslosen entsprechen, ehe eine Aufbesserung der Hungereinkommen des Eisenbahnpersonals erfolgen kann. Die Organisationen der Eisenbahner werden energische Schritte unternehmen müssen, damit das skandalöse Verhalten der Reichsbahngesellschaft den berechtigten Forderungen der Eisenbahner gegenüber fertiggestellt wird. Es wird der Schlichter angerufen werden müssen. Dann wird sich zeigen, ob das Reichsarbeitsministerium auch jedem sozialen Verständnis für die Notlage der Eisenbahner hat und auf den Wink der Schlichter im Unternehmerrager jede Lohnverhöhung ablehnt.

Der Vorstand und Beirat des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands haben am Sonntag und Sonntag in Berlin sich eingehend mit der Lohn- und Gehaltsbewegung im Eisenbahnbetrieb beschäftigt. Das Ergebnis der Aussprache fand in der folgenden, einstimmig angenommenen Entschliessung seinen Niederschlag:

Der Vorstand und Beirat des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands nahm in seiner Sitzung vom 12. und 13. Dezember zu dem Stand der Lohn- und Gehaltsbewegung Stellung. Er stimmt nach eingehender Aussprache zu der einstimmigen Ansicht, daß die Notlage des Eisenbahnpersonals die äußerste Grenze erreicht hat.

Die in das Anwesen der Reichsbahnverwaltung in Potsdam am 10. Dezember unter der Leitung der Eisenbahner in Potsdam, unter der Leitung der Eisenbahner aller Lohngruppen sowie der Beamten der unteren und mittleren Gehaltsgruppen zu sein haben, erfordert ausreichende und schnelle Hilfe. Die Konferenz erklärt sich mit den vom Vorstand getroffenen Maßnahmen voll einverstanden und beauftragt ihn, alle erforderlichen Schritte zu unternehmen, um die verzweifelte wirtschaftliche Lage der Arbeiter und Beamten zu bessern.

Der Vorstand und Beirat nimmt Kenntnis von den auf die Gehaltsaufbesserung bezüglichen Beschlüssen des Reichsausschusses. Die Konferenz kann sich des Eindruckes nicht erwehren, daß dieser Ausschuss bei seiner Beschlusfassung die Notlage der unteren und mittleren Beamtengruppen nicht vollständig berücksichtigt hat und erwartet vom Plenum eine gründliche Revision zugunsten der unteren und mittleren Beamtengruppen.

Von der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft muß unbedingt gefordert werden, daß sie der Notlage der Lohn- und Gehaltsempfänger durch eine weitgehende Aufbesserung der Löhne und Gehälter Rechnung trägt."

## Bezirkshonferenz für gewerkschaftliche Jugendarbeit.

Am Sonntag fanden sich in Dresden im Volkshaus die Vertreter der freigewerkschaftlichen Ortsausschüsse und der Jugendpartei zu einer Führerbesprechung zusammen. Einberufen wurde die Konferenz von dem Bezirksauschuss des DGB Sachsen. Diese erste Bezirkshonferenz der freigewerkschaftlichen Jugendpartei soll nach den einleitenden Worten des Bezirkssekretärs Genossen Karl Hertz den Zweck haben, durch eine eingehende Führeraussprache anregend auf Neubildungen von Jugendpartei zu wirken. Auf dieses Ziel und diese Absicht war denn auch die siebenstündige Tagung eingestellt.

Mit dem einleitenden Referat des Genossen Ministerialrat Dr. Meier wurde die allgemeine Aufgabe der Jugend innerhalb der Gesellschaft und des Staates scharf umrissen, während sich die beiden folgenden Referate der Genossen Kasper und Krüger den Aufgaben der Gewerkschaften innerhalb der proletarischen Jugendbewegung und den Aufgaben der Jugendpartei selbst zuwandten. Allgemein wurde die Arbeit der Jugendpartei als wichtig und notwendig bezeichnet. In dieser Konferenz sollte kein Gegensatz zwischen den Jungen und Alten. Diese Tatsache ist besonders erfreulich, weil sie sich ja auf die Gewerkschaften bezieht. Denn in den Gewerkschaften, die nur harter, nüchtern und sachliche Arbeiten und Aufgaben kennen, prallen die Gegensätze von jung und alt scharf zusammen. Praktische Arbeit steht dem himmelhoch jauchenden und romantisch verklärten Jugendidealismus gegenüber. Aber die Konferenz zeigte, wie dieser nur scheinbar vorhandene Gegensatz aufgehoben werden kann. Darin liegt ihr Wert. Wille zur gemeinsamen Arbeit verbindet die Jungen und die Alten. Unter diesem Zeichen stand die Konferenz, steht auch die praktische Arbeit.

Durch die Aussprache ründete sich das Bild der ganzen Tagung und mit der einstimmigen Annahme folgender Resolution und Ueberweisung einiger anderer Entschliessungen als Material an den Bezirksauschuss wurde die Konferenz durch Genossen Hertz geschlossen.

„Die erste sächsische Konferenz zur Besprechung gewerkschaftlicher Jugendfragen ersucht die sächsische Regierung, darauf hinzuwirken, daß durch die Reichsregierung endlich das Gesetz über die Berufsausbildung dem Reichstag vorgelegt wird. Die Konferenz erwartet, daß durch dieses so dringend nötige Gesetz mit den heutigen unzulänglichen, aus allerlütlichen Verhältnissen überkommenen Bestimmungen ausgeräumt und an deren Stelle die sozialpolitischen gewerkschaftlichen Jugendforderungen restlos verwirklicht werden, im besonderen im Gesetze eines modernen Arbeitsrechtes die Wirksamkeit der Gewerkschaften auf dem Gebiete der Berufsausbildung gesetzlich anerkannt und damit auch das kollektivistische Prinzip im Lehrlingswesen Anwendung findet. Gleichzeitig ist dringend die Verabschiedung eines Gesetzes über Jugendferien im Sinne des Kasseler Beschlusses erforderlich."

## 15,4 Pfennige Lohnzulage pro Schicht!

Nach der am 16. Oktober d. J. zwischen den Werksbeihilfem, dem Verein für die bergbaulichen Interessen Niedersachsens und den Vertretern der vertragsstiftenden Bergarbeiterorganisationen getroffenen Vereinbarung sollten die Löhne für November umgehend geregelt werden. Die erste Verhandlung fand bereits am 2. November statt. Sie verlief ergebnislos, weil die Vertreter der Werksbeihilfen auf ihrem Standpunkt, ohne staatliche Kredite auch nicht die kleinste Lohnverhöhung zu gewähren, beharrten. Darüber hinaus stellten die Werksbeihilfen abermals das Ansinnen an die Vertreter der Bergarbeiterorganisationen, in einem Lohnabschluß von 5 Prozent für das Aetarevier und 7 Prozent für das Randgebiet einzuwilligen. Daraufhin wurde vom Bergarbeiterverband der Schlichter für die Provinz Niedersachsens angerufen, der am 16. November einen Schlichterspruch fällte, nach dem die Löhne aller Gruppen von 1. November ab um 7 Prozent erhöht werden sollten. Die Werksbeihilfen lehnten diesen Schlichterspruch ab, während die Bergarbeiterorganisationen zustimmten und die Verbindlichkeitsklärung beantragten. Diese wurde jedoch vom Reichsarbeitsministerium abgelehnt. Der Reichsarbeitsminister ordnete im öffentlichen Interesse neue Verhandlungen an, die am 4. d. M. in Berlin stattfanden. Das „Ergebnis" war, daß der Reichsarbeitsminister eine „Zulage" von 15,4 Reichspfennigen pro Schicht und Mann vom 1. November ab festsetzte. Beide Parteien lehnten diesen Schlichterspruch ab. Die Arbeiterorganisationen, weil er ihren berechtigten Forderungen in keiner Weise Rechnung trug, die Werksbeihilfen, weil die Kreditverhandlungen mit dem preußischen Innen- und Handelsministerium, die die Voraussetzungen für die Lohnzulage bilden sollten, noch nicht abgeschlossen waren. Der Schlichterspruch wurde daraufhin von Amts wegen für verbindlich erklärt.

15,4 Reichspfennige Lohnzulage pro Tag! Das kommt einer Verhöhung der Bergarbeiter gleich. Diese erhoben denn auch in einer stark besuchten Funktionärskonferenz energisches Protest gegen den vollkommen ungenügenden Spruch des Reichsarbeitsministers.

## Gewerkschaftlicher Kampf im Bädergewerbe!

Vom deutschen Nahrungs- und Genussmittelarbeiterverband wird uns geschrieben: „Daß den Gewerkschaften der Nahrungsmittelindustrie, namentlich der Organisation der Bäcker und Konditoren, die allergrößten Schwierigkeiten im Wege stehen, haben wir an dieser Stelle wiederholt zum Ausdruck gebracht. Die Schwierigkeiten sind ihre besonderen Begründungen in den Hunderten von Mittel-, Klein- und Zwergbetrieben. Daß die Organisation der Bäcker die Solidarität der organisierten Arbeiterschaft dringend benötigt, um alle mittelalterliche Zustände mit beseitigen zu helfen, wollen wir erneut beweisen."

Das Bädergewerbe gehört seit Jahrhunderten zu den rückständigsten. Noch heute finden wir das Kost- und Logiswesen beim Bäckermeister als Zwang. Die Herren vom Backtag wachen eifrig darüber, daß ja nicht ein Geheiß sich Freiheit angeigne. Dieser Zwang wird mit besonderer Schärfe durchgeführt, weil die Lohnklassen zu jeder Zeit beschäftigt werden können. Die Arbeitszeit in den Bädereien ist daher in seltenen Fällen die gesetzliche. Der Weg von der Backstube zur Wohnung des Bäckers ist kurz und allen Schikanen und Gehilfen und Lehrlinge ausgelegt. Ueber die sanitären und sonstigen Einrichtungen einer Bädereiastube wollen wir heute nicht reden. Wir werden in einem späteren Artikel darauf zurückkommen.

Die Bäckermeister führen einen verzweifeltsten Kampf gegen die aufwärtsstrebende Organisation der Gehilfen. Diese Herren halten es ganz in der Ordnung, einen Gesellen, der freigewerkschaftlich organisiert ist, auf der Straße zu werfen. Ja, sie erklären oft wörtlich: „Einen Verbandsgehilfen beschäftigen ich nicht." Obwohl diese gutgenährten Bäckermeister ausschließlich von der Arbeiterschaft leben und die Arbeiter, leider ohne Bedenken, die lauer verdienten Groschen einem solch reaktionären Innungsstrauer hingeben. Wir werden für die Folgezeit jeden Fall der Arbeiterschaft zur Kenntnis bringen.

Verbandsfunktionäre werden die größten Schwierigkeiten gemacht, daß ja nicht etwa der Gehilfe organisiert wird. Bäckermeister Heinrich Dietrich, Gohlis, Blumenstr. 14, verweigert jeden Zutritt der Verbandsvertreter, trotz gültiger Vernehmung. Bäckermeister Artur Reite, Kaiser-Friedrich-Str. 44, stellt sich taub, wenn Verbandsvertreter ihm einige Fragen vorlegen. Er will mit dem Verband nichts zu tun haben. Bäckermeister Ostas Horn, Reudnick, Stötterstr. 17, erteilt Einladungen, die für Gehilfen bestimmt sind, in seinem Besitz, daß ja die Gehilfen nichts von dem bösen Verband hören. Bei diesem Bäckermeister herrschen überhaupt sonderliche Zustände, die wir noch beleuchten werden. Bäckermeister Robert Schütze, Flagwitz, Ernst-Mey-Str. 18, kann es ebenfalls nicht unterlassen, Verbandsfunktionäre zu schikanieren und für Gehilfen bestimmte Einladungen für sich zu behalten.

Wir werden gegen alle solche Auswüchse Front machen. Die Reichsversammlung gewährt uns das Recht, und wer sich dagegen aufbäumt, den werden wir dem Urteil der Öffentlichkeit preisgeben. Arbeiter, Volksgenossen! Unterstützt den Kampf der Bäckergehilfen. Hebt Solidarität! Beachtet diese reaktionären Bäckermeister. Unterstützt eure Arbeiterbetriebe.

## Eine Kundgebung der Ufa.

Die Kundgebung der Ufa hat gestern in Leipzig eine Entschliessung angenommen, in welcher unter Hinweis darauf, daß bereits über 100 000 Angestellte erwerbslos seien, darunter 10 000 seit Jahren, und weitere Massenentlassungen von Angestellten zum Jahresabschluss ausgerufen worden seien, sofort durchgreifende Hilfe gefordert wird, und zwar u. a. Erhöhung der Erwerbslosenrenten, einmündige Anwendung an ausgebildete und langjährig Arbeitslose, die bisher nicht unterstützt wurden, erhöhte Rindigungsrente, Ratifizierung des Washingtoner Arbeitszeitabkommens.

Erwerbslosenkudgebung in Aajfel. Kurz vor Beginn der Stadtverordnetenversammlung erschienen Erwerbslose in laugem Zuge vor dem Rathaus, um abermals ihre Forderungen zu vertreteln. Eine Kommission der Erwerbslosen, die sich ins Rathaus begab, mußte unersichtlicher Sache wieder umkehren, da der Magistrat Verhandlungen ablehnte.

## Aus der Umgebung.

Wz. Wiederitzsch. Im Einvernehmen mit dem Gemeindevorstandeskollegium und dem Schulvorstand veranstaltet die hiesige Lehrerschaft am Mittwoch und Donnerstag, dem 16. und 17. Dezember, einen künstlerischen musikalischen Abend, verbunden mit Tanz und Märchenpielen. Die Spiele werden dargestellt von hiesigen Schulkindern. Die Darbietungen beginnen um 8 Uhr im Neuen Hofhof Wiederitzsch. Der Reinertrag soll verwendet werden zur teilweisen Deckung der Kosten für den neu beschafften Schulflügel. Die Eltern und die Einwohnerchaft wird gebeten, die Veranstaltung recht zahlreich zu besuchen.

Pegau. Die Zerstückung unserer Volkshaus durch den Reichsgerichtsmann lautete das Thema, das Herr Lehrer Fritz Barth-Leipzig in der heute Dienstag, 8 Uhr abends, im Rathhauseaal stattfindenden öffentlichen Volksversammlung behandelte. Herr Landtagsabgeordneter Professor Sidmann ist hierzu besonders eingeladen. An alle Bewohner von Stadt und Land ergoht die Bitte zu recht zahlreichem Besuch.

k. Ellenburg. Aus der Partei. In unserer letzten Mitteilungsverammlung hielt Genosse Landrat i. R. Raute einen Vortrag über: Weltwirtschaft — Locarno — Regierungsbildung. Der gut ausgearbeitete Vortrag wurde mit starkem Beifall aufgenommen. Ueber den letzten Teil des Vortrages setzte eine rege Debatte ein. Ein großer Teil der Redner war mit dem Eintritt der Partei in die Regierung nicht einverstanden. Die Lehren des letzten Wahlkampfes zeigen uns, daß endlich mit der Landparteilassung begonnen werden muß. Die Klagen, daß die Landbevölkerung nur bei dem Wahlkampfe besucht wird, müssen verkommen. Eine Unterbezirkskonferenz, die nach Möglichkeit in Ellenburg stattfinden soll, wird demnächst einberufen. In dieser sollen alle Funktionäre teilnehmen.

## Spiel, Sport, Körperpflege

### Die neue Großmacht.

Der längst fällige Olympiafilm der 1. Internationalen Arbeiter-Olympiade in Frankfurt läuft am Mittwoch, dem 16. Dezember, zum erstenmal in Leipzig in der Albertshalle.

Alle dem Arbeiterpartei angehörenden Verbände wollen ihre Mitglieder darauf hinweisen, welche Gelegenheit wahrzunehmen. Die, die dabei waren, können noch einmal die gewaltigen Geschehnisse an ihren Augen vorbeiziehen lassen. Die selber dabei bleiben mühten, können sich überzeugen von den riesigen Ausmaßen der 1. Arbeiter-Olympiade, die sich in den Julitagen in Frankfurt abgewickelt hat. Da der Film nur einige Tage gezeigt wird, verläumt kein Arbeiterpartei den Besuch am Mittwoch, dem 16. Dezember. Die Kartenteilung.

### Bezirk Leipzig, alle Sparten.

Turner, Sportler, Fußballspieler, Wassersportler: Ab Mittwoch, dem 16. bis Sonntag, dem 20. Dezember, läuft in Leipzig in der Albertshalle (Ufa-Theater) der Olympiafilm „Die neue Großmacht" von der 1. Arbeiter-Olympiade in Frankfurt a. M. Damit geht ein langgehegter Wunsch unserer Bezirksgenossen in Erfüllung. Wer die Tage in Frankfurt miterlebt hat, wer die biblischen Darstellungen der einzelnen Bundesorgane verfolgt, dem wird die Größe und die Wirkung noch einmal vor Augen geführt. Deshalb wird jedem, ob er Teilnehmer oder Nichtteilnehmer war, noch einmal Gelegenheit gegeben, das ganze Arbeiter-Olympia von Frankfurt im Film vor seinen Augen vorbeiziehen zu sehen. All die mächtigen Demonstrationen, all die wunderbaren Darstellungen und vorbildlichen Leistungen, all eure brüderlichen Sportgenossen aller Nationen bieten sich euren Augen noch einmal dar und sollen einen Ansporn geben, unerschütterlich weiterzuarbeiten für Volksgesundheit und Leibesübungspflege. Aber auch der gesamten Arbeiterschaft sowie Freunden und Gönnern unserer Sache empfehlen wir, sich diesen Kulturfilm anzusehen. Seiner Ausfertigung nach hält er den größten Anforderungen stand. Der Eintrittspreis beträgt 80 Pf. bis zu 2 M. Bezirksgenossen aller Sparten, sorgt dafür, daß sich möglichst alle diesen Film ansehen; er bietet euch jedenfalls mehr als alle andern. Macht eure Arbeitsbrüder, eure Partei- und Gewerkschaftsgenossen darauf aufmerksam; denn dadurch könnt ihr viele von dem Werte der Leibesübungspflege überzeugen und sie als Mitarbeiter für unsere edle Volkssache gewinnen.

Die Vertreter der dem Sportpartei angehörenden Organisationen können Vorkaufskarten zur Vorführung des Olympiafilms im Bundeshaus erhalten. Ebenso können die Vereinsvorsitzende Karten im Bundeshaus abholen.

Bezirksrat	Turnbezirk	Fußballbezirk
Baumgarte.	Rudolph.	Reißner.
	Schwimmbezirk	
	Friedrich.	

# Außergewöhnlich billiger Weihnachts-Verkauf Marie Kramer

Leipzig, Hainstr. 7 Sonntag, den 20. Dezember, von 12 bis 6 Uhr geöffnet

Erstklassige Qualitätswaren.

Bekannt große Auswahl.

Damen-Mäntel, Backfisch-Mäntel, Strick-Mäntel, Kinder-Mäntel, Kleider, Kasaks, Blusen, Kostümröcke, Morgenröcke, Kleiderstoffe, Baumwollwaren, Samte, Seidenstoffe, Wäschestoffe und Damenwäsche.

Mantelstoffe in Seal, Krimmer, Wollplüsch, Nutria, Velour de laine, Velour-Mouliné und imitiert Persiamer.

Modelle bedeutend unter Preis

Ein neuer Geistesheld entdeckt.

Der Reichsbankpräsident Dr. Schacht hat eine Reise nach Amerika...

Die gütliche Beurteilung, die die gestrigen Ausführungen des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht fanden...

1 bis 4 Prozent sind nicht gerade aufregend viel, immerhin gilt hier, was ein Clown sagte...

Wie anders wirkt dies Zeichen auf mich ein: Was Schacht ausführte, ist schon oft gesagt und geschrieben worden...

Aus Sozialisten trennt ideal von Hyalmar Schacht, dem Individualisten, eine Welt, und in der Praxis, bis in die Frage des Wucherschlüssels hinein...

Dieser begeisterte Hymnus auf Schacht stammt nicht etwa aus der Feder eines bürgerlichen Schmucks, sondern aus dem Sozialdemokratischen Pressebüro...

Was enthält nun eigentlich diese hymnisch heijungens Rede, die ganze Bibliotheken überfüllig machen und aus der die Jugend, vermutlich die sozialistische Jugend...

Die Stabilisierung der deutschen Währung werde von den Amerikanern als eine außerordentliche Leistung betrachtet, und man begegne kaum einem Zweifel über die Zukunft der deutschen Währung...

Die Zuversicht der Amerikaner in die bewunderte Stabilisierung der deutschen Währung ist also noch nicht einmal so groß wie die der Berliner Börzensbesucher in die Unschicklichkeit von Schachts hanleatistischem Geist...

strie zu: „Schluß mit eurem Schrei nach Staatskredit!“ Behauerlich ist nur, daß Schacht den Ruf erst jetzt erheben läßt, nachdem er dem Schrei ein nur allzu williges Ohr gegeben hatte...

Schacht wies auf die Begrenztheit der Mengen ausländischer Kredite hin. Daher meine wiederholte Mahnung, daß diese Kredite nicht in erster Linie den Ländern und Kommunen in Anspruch genommen werden müßten für Zwecke, die für die Wiederbelebung der deutschen Wirtschaft nicht unbedingt notwendig sind...

Unter „produktiven“ Anlagen versteht Schacht selbstverständlich die Verwendung der Kredite für die Privatindustrie, unter „unproduktiven“ die für Staatsbetriebe, womit allerdings die Auffassung des Sozialdemokratischen Pressebüros bekräftigt wird...

Weshalb wir diese Parallele Schacht-Hugenberg ziehen? Man hat so oft gefragt, welche Kräfte die Republik nun eigentlich entwickelt habe, und hat so oft geklagt, daß sie keine wirklich tätigen Männer erzeuge...

Es ist ein starkes Stück, daß die offizielle Pressestelle der Partei ausgerechnet den Mann verherrlicht, der nicht nur die Privatisierung der öffentlichen Betriebe erstrebt, sondern außerdem noch den bürgerlichen Parteien die Argumente liefert, mit denen sie die sozialdemokratische Forderung einer angemessenen Erwerbslosenunterstützung bekämpfen...

artige Äußerungen betonen auch die Gefahr in sich, daß sie die Forderungen als unecht erweisen können, von deren Erfüllung die Partei ihren Eintritt in die Regierung abhängig macht...

Stillschaltung eines Reichsbetriebes.

Das Berliner Tageblatt meldet, daß die Deutschen Kraftfahrzeuge in Inbetrieb bei Erdboden und Fahrbahn der D-Aäder zur Streckung der Arbeit über Weihnachten vom 10. Dezember bis 11. Januar stillgesetzt werden...

Zinsverbilligung von Kommunalgeldern.

Berlin, 12. Dezember. Der Vorstand des Deutschen Städteverbandes hat neuerdings einem der Kreditverbilligung dienenden Übereinkommen sämtlicher Kommunen über die Zinsverbilligung öffentlicher Gelder seine Zustimmung erteilt...

Memorandum für den Wilhelm-Raummann-Kongress.

Breslau, 12. Dezember. In der heutigen Gläubigerversammlung der Wilhelm-Raummann-Textilwerke, in der etwa 4 Millionen Mark Forderungen vertreten waren, wurde einstimmig ein Memorandum bis zum 9. Januar 1926 beschlossen unter der Voraussetzung, daß die heute nicht vertretenen Gläubiger bis zum 15. Dezember ihren Beitritt hierzu erklären...

Rußische Käufe in Deutschland.

Berlin, 8. Dezember. (W.Z.) Im Monat November wurden durch die Handelsvertretung der UdSSR oder unter ihrer Kontrolle Waren im Werte von 23 810 237 Goldrubeln eingekauft gegen 13 537 000 Goldrubel im gleichen Monat des Vorjahres...

Alltägliche Preise der Produktionsbörsen.

Table with 2 columns: Produkte, 14 Dezember. Rows include Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, Mais, Weizenmehl, Roggenmehl.

Handelsrechtliches Lieferungsverhältnis (Berlin).

Weizen: Des 258,5-257 5, März 265,5, Mai 268, Roggen: Des 167-164, März 178, Mai - Hafer Des 166, März 180, Mai 180.

Nieren- und Blasenleiden erfordern oft eine teure Badekur; die Anwendung von Wildunger Fée und Wildunger Tabletten haben die besten Erfolge...

Stine Menschenkind.

Roman von Martin Andersen Nexé.

Aber niemand wagte es so recht, den Blick des Selbstmörders einzunehmen; und so mußte sie sich denn allein mit den Dingen und ihren drei Knaben durchschlagen...

Die Leute fanden seine Rede wunderbar. Was es etwas Natürliches für einen Sohn, als sich der Mutter unterzuordnen und ihr zu gehorchen - wenn er sie lieb hatte? Aber mochte es nun sein, wie es wollte, die Söhne vom Balkhof hatten nichts für ihre Mutter übrig...

Stine hatte gute Ohren; sie hörte alles, was erzählt wurde. Einen Teil davon verstand sie nicht, aber sie legte es sich auf ihre Art aus, und so kam es, daß eine eigenwillig drückende Stimmung beständig über einem hing...

Es wurde ihr schwer, mit der Bäuerin auszukommen, der sie eine natürliche, vornehmliche Ehrfurcht entgegenbrachte. Die Bäuerin war ja die Vorsehung, von der alles, Gutes wie Böses, herabfiel; ihre Hand strich sie und gab gnädig das tägliche Brot...

Es war nicht anders als gute Mahnungen. Das verschonte einen mit ihr; der Balkhof war bekannt dafür, daß man dort gut zu essen bekam...

Stine hatte gelernt, daß man nicht allein seine Pflicht gegen diejenigen tun solle, in deren Dienst man stand, sondern daß man sie auch liebhaben müsse...

Ein willkommenen Gast.

Stine war mit ihrer Striararbeit fertig und hatte den Propiantkorb geleert, obwohl es noch lange nicht Besperzeit war; aber so wurde ihr die Zeit nicht lang...

Stine war ein kleines, geistiges Weib; sie mußte zwei plaudernde Stimmen im Ohr haben, und die eine davon mußte am liebsten ihre eigene sein. Es war mindestens ebenso unterhaltend, selber zu schwätzen wie zuzuhören - wenn man nur jemanden hatte, zu dem man schwätzen konnte...

da. Weit drüber auf der Landstraße kam ein Knabe gerannt. Er eilte quer über die Felder, schreiend und winkend, das Schulranzel über der Schulter!

Christian warf sich vor ihr ins Gras, ohne ein Wort zu sagen; so lag er eine Weile schraubend da. „Du hast ja die Schule geschwänzt“, sagte Stine, nachdem sie sich gesammelt hatte - und machte einen Versuch, streng auszufragen...

„Na, ich hab's gestern getriezt, als ich aus der Schule lief. Es ist schon gescheit. Ich laufe bloß auf den Felsen!“

Stine zeigte ihm ihre Schlupfschnecke im Gebüsch. „Das ist famos“, sagte Christian anerkennend. „Aber der Eingang muß verdeckt sein, damit man das Nest nicht finden kann - sonst ist nichts drin.“

Aber wie närrisch froh der Junge über alles war! Selbst an den braunen Hüften entdeckte er etwas Neues; die eine war so und die andere brennend heiß. „Aber Stines Gemüt war hier auf der Höhe nicht viel Nährstoff vorhanden gewesen; aber Christian betrachtete alles mit Bewunderung, als wäre es so hoch vom Himmel herabgefallen und nicht allbekannt und selbstverständlich.“

(Fortsetzung folgt.)

Segenbesen.

Wir sitzen gedrängt um den kranken Kamin,
Es knattern die Brände, die Kohlen glühen.

So singt Ferdinand Freiligrath über den englischen Weihnachtsbrauch, nach dem zu Weihnachten der Mittelweid oben an der Decke des Zimmers aufgehängt wird.

Die Gedankenverknüpfung, nach der die Mittel mit allerlei Segenreihen verbunden wird, hat sich im Leben aller germanischen Völker erhalten.

Die im Altertum verbreitete Auffassung, daß die Mittel sich ohne Samen fortpflanzen, mußte den Völkern diese Pflanze als besonders mit den Göttern in Verbindung stehend und daher heilig erscheinen lassen.

Große Erzähler und große Verbrecher.

Zwei Bücherreihen, die im vorigen Jahre begonnen wurden, hat der Berliner Verlag „Die Schmiede“ im Laufe dieses Jahres fortgesetzt.

Die Sammlung hat überhaupt außer Deutschen, wie Daudistel, Roth und Rast, aus besonders den neueren französischen Roman vernommen.

Die zweite, nicht weniger beachtenswerte Serie des Schmiede-Verlags sind seine Kassenhefter der Gesellschaft.

weil von ihren Vertretern, so meint Otten, zum erstenmal keine tiefsinnige Sehnsucht erfüllt wurde, ein ganz primitives Bedürfnis nach Geltung und Zugehörigkeit unter „besseren“ Leuten.

Noch mehr möchte ich auf zwei andere Bände der Kassenhefter hinweisen, die sich beide mit der Darstellung politischer Verbrechen beschäftigen.

Wenn man diesen neuesten Bittaval (so hieß die älteste und berühmteste Sammlung von Kriminalgeschichten) gern jedem erwachsenen Leser, der lieber Tatsächliches als Erfundenes in den Büchern sucht, empfehlen möchte, so liegt das an dem fruchtbaren Gedanken des Schmiede-Verlags, sich grundsätzlich für jeden einzelnen Kriminalfall an wirkliche Schriftsteller von geistigem Rang zu wenden.

Arbeiterdichtung der Gegenwart.

Den Begriff „Arbeiterdichtung“ kannte man oder besser anerkannte man bis vor wenigen Jahren kaum.

Heute, da die Arbeiterklasse in jahreslangen Kämpfen sich einen gewichtigen Anteil an der politischen und wirtschaftlichen Gestaltung der Erdengänge und das Bewußtsein ihrer Eigenheit und Kraft errungen hat, ist es selbstverständlich und einer natürlichen Entwicklung entsprechend, wenn aus ihren Reihen eine Pflanzung entsteht, die ihr Sachwissen in der geistigen Welt, Anspruchslos und Stimme im Kulturprozeß wird.

Ein „Bürgerlicher“, mit der Arbeiterbewegung sympathisierender Schriftsteller, Julius Bah, hat sich bisher am intensivsten ihrer angenommen; von ihm erschien vor zwei Jahren ein sehr lesenswertes Büchlein im Volksbuchverlag-Verlag: „Arbeiterdichtungen“.

Diese Pflanzung hat nun Kurt Offenburg mit einem ausgezeichneten Büchlein auszufüllen, das im Mittelstand-Verlag erschienen ist und das sich „Arbeiterdichtung der Gegenwart“ betitelt.

das sich eingangs in kluger und leicht verständlicher Definition mit dem Begriff „Dichtung“ und „Arbeiterdichtung“ beschäftigt, bringt eine fast stundenlose, sehr instruktive Uebersicht über das Schaffen von 17, in der Hauptache deutschen, Arbeiterdichtern: Max Barthel, Leonhard Frank, Maxim Gorki, Kurt Klüber, Martin Andersen Nexö u. a. m.

Kleine Chronik.

Das Arbeiter-Kammerorchester veranstaltete — im Rahmen des A. P. — im Alten Theater eine musikalisch-dramatische Morgenfeier, die dem bedeutendsten Komponisten der alten neapolitanischen Schule, Pergolesi, gewidmet war.

Die im Schatten leben, das soziale Drama von Emil Rosenow, erfährt durch die Ortsgruppe Sittlich der Arbeiter-Theaterbundes eine lebendige und im wesentlichen gelungenen Aufführung.

Die Arbeitergemeinschaft der Diabassen Chöre (Leipziger Volkstheater, Sängerkor Leipzig-Zentrum-Süd, Gemischter Chor Leipziger Chorwerke mit Orchester auf: „Claverson“) von E. Krieg für gemischten Chor und „Fritsch“ von M. Bruch für Männerchor.

Der literarische Nachlaß von Richard Dehmelt soll für den Hamburger Staat angekauft werden.

Deutsches Museum für Buch und Schrift, Leseaal, Bibliothek und Museum während des Umzugs bis auf weiteres geschlossen.

Fernflug der Vögel. Den Rekord eines Vogelfluges hebt der englische Ornithologe H. F. Witherby, der sich hauptsächlich mit dem zuerst in Deutschland geübten „Ringversuch“ in großem Maßstab beschäftigt, in einem Fachblatt hervor.



Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 15. Dezember.

Die Kunst des Dementierens.

Karlchen schreibt in der Münchener Jugend (Heft 50): „Am Mittwoch las ich in der Zeitung folgende liebliche Notiz: „Als der Stadtverordnete Stulpe gestern abend um sieben Uhr, wie gewöhnlich mit einem Schnapstrauß beladen, den Marktplatz überquerte und seinen hohen Tenor ertönen ließ, trat der Steuerzahler Friedrich Müller auf ihn zu und gab ihm eine schallende Ohrfeige, die das sanfte Echo erbebend widerlönte. Stulpe sprang schleunigst auf eine Elektrische und entzündete mit hochgeschwollener linker Wade.“

Das kann Stulpe unmöglich auf sich sitzen lassen, dachte ich mir, und richtig, am Mittwoch stand folgendes Schreiben des Herrn Stulpe im Blatt:

Auf Grund des § 11 des Preßgesetzes ersuche ich Sie um Aufnahme nachstehender Berichtigung:

- 1. Es ist nicht wahr, daß ich um sieben Uhr den Marktplatz überquerte. Wahr ist vielmehr, daß ich es erst um halb acht Uhr tat.
2. Es ist nicht wahr, daß ich einen Schnapstrauß hatte. Wahr ist vielmehr, daß ich von einer Weinprobe kam.
3. Es ist nicht wahr, daß der Steuerzahler Friedrich Müller auf mich zutrat. Wahr ist vielmehr, daß er August Müller heißt.
4. Es ist nicht wahr, daß ich meinen Tenor ertönen ließ. Ich habe vielmehr einen tiefen Bag.
5. Es ist nicht wahr, daß unter Marktplatz ein Echo hat. Wahr ist vielmehr, daß er niemals eines gehabt hat.
6. Es ist nicht wahr, daß meine linke Wade geschwollen ist. Geschwollen ist vielmehr meine rechte Wange.

— Eine prominente Berichtigung! Na, kein Wunder: es hat ihm ja auch der Mann geholfen, der seit Jahren die amtlichen Dementis verfaßt.“

Hierzu haben wir zu bemerken, daß die meisten „Berichtigungen“, die uns zugehen, in ähnlicher Weise abgefaßt sind.

Sozialdemokratie und Erwerbslose.

Die bürgerlichen Parteien im Reichstage haben Erwerbslose und Kurzarbeiter abermals um ihre Rechte betrogen. Statt 50 Prozent bieten sie nur 20 und 10 Prozent Erhöhung der Sätze! Keine Unterfütterung der Kurzarbeiter, keine wirksame Beihilfe wurden bewilligt! Nicht einer der sozialdemokratischen Anträge wurde angenommen! Hunger und Unterernährung, Kinderelend, Not und Verzweiflung — das ist alles, was die bürgerliche Gesellschaft für die Opfer ihrer Wirtschaftspolitik übrig hat. Bergeblisch hat die Sozialdemokratie versucht, die in erster Linie Verpflichteten — Reichsregierung und Reichstag — zur Pflichterfüllung zu zwingen. Es war umsonst! Die bürgerlichen Parteien, die die Besitzsteuern weitlich herabsetzten, wollen die hungernden Massen mit Bettelepennigen abspießen. Die bürgerliche Mehrheit im Reichstag hat versagt. Sie hat nicht nur die Erwerbslosen, sie hat auch die Gemeinden im Stich gelassen. Die Städte und Gemeinden dürfen nicht zusehen, wie ihre bedürftigsten Einwohner mit ihren Kindern in eine Kollage geraten, die in ihren Folgewirkungen die kommunale Wohlfahrtspflege aufs schwerste belasten muß. Deshalb wird auch die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion morgen durch einen Dringlichkeitsantrag dafür sorgen, daß in der neuen Situation, die durch das Verlangen des Reichstages entstanden ist, die Gemeinde einen Teil der Pflichten übernimmt, die Reichstag und Reichsregierung von sich abgewälzt haben. Morgen wird das Leipziger Bürgerium zu zeigen haben, was es für die Not der Erwerbslosen übrig hat!

Erweiterungsbau der Elektrizitätswerke.

Nacht Millionen Mark erforderlich.

Eben erst hat die Stadtverordnetenversammlung fünf Millionen Mark für den Ausbau des Gaswerkes II bewilligt, jetzt wird eine neue Forderung von weiteren acht Millionen erhoben. Daß diese Forderung eine dringende notwendig ist, haben wir schon vor einigen Wochen in einer Abhandlung nachgewiesen, die sich mit der Zukunft der Stromversorgung Leipzigs befaßte. Die Steigerung der Stromerzeugung, die vom Rat der Stadt schon im Frühjahr dargelegt war, hat in neuerer Zeit eine derartige Steigerung erfahren, daß Maßnahmen zur weiteren Steigerung des Bedarfs mit aller Beschleunigung durchgeführt werden müssen, sollen nicht bald unhaltbare Zustände in der Stromversorgung eintreten.

Die beiden Leipziger Elektrizitätswerke können bis zu einer Leistung von zusammen 21.500 Kilowattstunden angepaßt werden, die 10.000 Kilowatt, die Zshornemisch leistete, sind nach langwierigen Verhandlungen auf 16.000 Kilowatt erhöht worden, so daß eine Höchstleistung von 36.500 Kilowatt abgegeben werden kann. Die Stromabgabe gegenüber den Monaten September und Oktober des Vorjahres hat eine Steigerung von 42 bzw. 33 Prozent erfahren, d. h. in Zahlen ausgedrückt, im September des Vorjahres betrug die Höchstleistung 15.970 Kilowatt gegenüber 22.570 im gleichen Monat dieses Jahres; im Oktober stieg die Leistung von 20.220 Kilowatt im vorigen Jahre auf 26.970 in diesem Jahre. Eine nur vorläufige Rechnung, die nur mit 30 Prozent Steigerung veranschlagt wird, würde ergeben, daß an die Maschinenleistung Ansprüche gestellt werden von 29.600 Kilowatt im vorigen Jahre auf 38.480 Kilowatt für dieses Jahr. Damit wäre die Höchstleistung schon um ein Bedeutendes überschritten, da Reserven nicht vorhanden sind. Mit Bestimmtheit kann angenommen werden, daß im nächsten Jahre eine Maschinenleistung von 36.000 Kilowatt benötigt wird. Für diese Mehrleistung stehen Maschinen nicht zur Verfügung.

Aus dem Vorliegenden nun ist ersichtlich, daß die Stromversorgung für den kommenden Winter absolut nicht sichergestellt ist. Anträge auf Beschaffung neuer Stromerzeugungsmaschinen stellt der Rat jetzt nicht, dagegen sind zum Zwecke der Fortleitung der erhöhten Stromleistung im Südwest besonders Apparaturen unterzubringen; deshalb ist eine schnelle Erweiterung der jetzigen Schaltanlage notwendig, wozu 545.000 Mk. erforderlich sind. Ferner werden gefordert für sieben Umformer 1.225.000 Mk., für 3 Batterien und neue Gebäude 4.050.000 Mk.

Für das Kabelnetz sind ebenfalls Verstärkungen und Bergleistungen infolge verstärkter Stromabgabe notwendig. Es sollen verlegt werden 10 Hochspannungsleitungen und 55 weitere Speisefabel, ebenso muß die Zahl der Transformatorstationen erhöht werden. Die Kosten für diese Arbeiten betragen 6.200.000 Mk., wovon 2.000.000 Mk. auf das Jahr 1926 und der Rest auf das Jahr 1927 entfällt.

Die Gesamtforderung des Rates beträgt somit 7.820.000 Mk. Diese Summe ist erforderlich, um die Elektrizitätswerke Leipzigs

Zur Erhöhung des Straßenbahnfahrpreises.

Einheitsstarif — Streckenstarif — Erhöhter Preis für Umsteigerkarlen.

Bei der Beratung der vom Rat geforderten Erhöhung der Straßenbahnfahrpreise taucht wie früher die Frage auf, ob das jetzige System der Straßenbahnfahrpreise richtig ist und beibehalten werden kann, oder ob aus irgendwelchen Gründen zu einem andern System übergegangen werden muß.

In Leipzig besteht bekanntlich der Einheitsstarif, der für alle Strecken, ganz gleich, ob diese kurz oder lang sind, und auch für Fahrten mit einmaligem Umsteigen einen gleichmäßigen Fahrpreis vorsieht. Von gewisser Seite wird nun eingewendet, daß dieser Einheitsstarif mit den Grundlagen von Leistung und Gegenleistung nicht im Einklang steht. Derjenige, der nur eine kurze Strecke der Straßenbahn benutzt, müsse ebensowohl bezahlen, wie derjenige, der die Straßenbahn in viel größerem Umfange in Anspruch nimmt. Ganz besonders sei dies aber der Fall bei den Umsteigerfahrten; hier sei die Leistung der Straßenbahn eine wesentlich größere als bei einfachen Fahrten, und dennoch erhalte die Straßenbahn keinen höheren Betrag dafür. Dieser Zustand könne auf die Dauer nicht aufrechterhalten werden. Wer größere Anforderungen an die Straßenbahn stellt, müsse auch einen entsprechend höheren Preis bezahlen. Wenn man jetzt notgedrungen zu einer Erhöhung des Straßenbahnfahrpreises schreiten müsse, dann sei es das Richtige, zunächst den Fahrpreis für einfache Fahrten in seiner jetzigen Höhe bestehen zu lassen, dafür aber den Fahrpreis für Umsteiger von 15 auf 20 Pfg. zu erhöhen. Mit dieser Maßnahme würde dem Gebot von Leistung und Gegenleistung in gerechter Weise Rechnung getragen, als bei Beibehaltung des Einheitsfahrpreises.

So plausibel diese Erklärung auf den ersten Augenblick auch erscheinen mag, so wenig kann bei genauer Ueberlegung der Forderung zugestimmt werden. Die Anlage des Straßenbahnnetzes in Leipzig ist in Anpassung an die eigenartige städtische Gestaltung Leipzigs so, daß man von einem Stadtteil in den andern nicht direkt fahren kann, da es an Ringstraßen und Ringlinien mangelt, sondern daß man immer bis an den Stadtkern herankommen und dann durch Umsteigen in eine andre Linie zum Ziel gelangen kann. Es ist sehr oft der Fall, daß die bei einmaligem Umsteigen zu fahrende Strecke insgesamt wesentlich länger ist, als eine ohne Umsteigen zurückgelegte Strecke. Als Beispiel sei nur darauf verwiesen, daß man von Connewitz bis nach Mödern mit der Linie 10 ohne Umsteigen gelangen kann, während man den Westplatz vom Klopitz nur mittels Umsteigen zu erreichen vermag. Würde der Fahrpreis für Umsteiger auf 20 Pfg. erhöht, so müßte für die ganz bedeutend längere Strecke vom Klopitz zum Westplatz mehr bezahlt werden, als für die um vieles längere Strecke von Connewitz nach Mödern. Dies würde mit dem Grundsatz der Gerechtigkeit keinesfalls übereinstimmen. Die Geschädigten bei diesem System wären in der Hauptsache die Bewohner der Vororte, also in erster Linie die werktätige, minderbemittelte Bevölkerung, die sehr oft gezwungen ist, von ihren Wohnstätten aus in andre Stadtteile zu fahren, um ihre Arbeitstätigkeit zu erreichen. Solange die Wohnungsnot praktisch die Freizügigkeit der Bevölkerung aufhebt und insbesondere wegen der eigenartigen Linienführung der Leipziger Straßenbahn, kann also die Erhöhung des Straßenbahnfahrpreises für Umsteiger keineswegs als ein Vorteil angesehen werden.

Von einer andern Seite wird wiederum ein sogenannter Teilstrecken- oder Zonenstarif gefordert, und zwar im wesentlichen aus den gleichen Gründen, wie von den Befürwortern eines erhöhten Preises für Umsteiger. Außerdem wird eingewendet, daß die Zahl der Fahrgäste und dadurch die Einnahmen bedeutend erhöht werden könnten, wenn die sogenannten Kurzfahrer eine Preisermäßigung erhalten würden.

Nach dem Grundsatz von Leistung und Gegenleistung ist es wohl richtig, daß für kurze Strecken weniger und für längere Strecken entsprechend mehr bezahlt wird. Dieser Grundsatz hat seine volle Berücksichtigung nur im Fernverkehr zwischen einzelnen weitauseinander liegenden Ortschaften mit geringem Fahrgastwechsel. In der Großstadt aber mit ihrem ständig starken Wechsel ist der Streckentarif praktisch undurchführbar, er bringt im günstigsten Falle nichts als eine Reihe von Scherereien und Unzuträglichkeiten, die zu dem erlangten Vorteil in keinem Verhältnis stehen und auch in finanzieller Beziehung keine entsprechende Auswirkung haben. Bei Ueberlandbahnen und bei der Eisenbahn ist es selbstverständlich, daß der Fahrpreis nach der Fahrtlänge bemessen wird. In der Groß-

stadt aber ist die Durchführung dieses Grundsatzes nicht so einfach, denn der Straßenbahnfahrpassier würde gar nicht in der Lage sein, Anfang und Ende des Fahrtrechtes jedes einzelnen Fahrgastes zu überwachen, da keine sonstigen Dienstleistungen seine Aufmerksamkeit in erheblichem Maße in Anspruch nehmen. Auch ist es unmöglich, diejenigen Haltestellen, die von mehreren Linien berührt werden, so zu kennzeichnen, daß jeder Zweifel über das Ende einer Teilstrecke behoben wird. Jeder Fahrgast ohne genaue Ortskenntnis würde zu fragen haben, wie Anfang und Ende seiner Fahrt zur Erlangung des vorteilhaftesten Fahrpreises zu legen ist, denn es ist selbstverständlich, daß jeder Fahrgast bestrebt sein würde, mit dem niedrigsten Tarifssatz auszukommen. Wahrscheinlich aber würden auch sehr viele Fahrgäste ihr Fahrtrecht sehr oft überschreiten, was auch durch die schärfste Kontrolle kaum ganz verhindert werden könnte.

Außer diesen mehr technischen Gründen sprechen aber vor allen Dingen soziale und wohnungspolitische Gründe gegen den Teilstreckentarif. Die Kosten des Teilstreckentarifs hätte die in den Vororten wohnende ärmere Bevölkerung zu tragen, während der begüterte Einwohner, der in den leeren Wohnungen in der Nähe des Zentrums wohnt, den Vorteil der billigsten Tarife hätte. Das wird recht deutlich, wenn man sich einmal an einer Strecke ein praktisches Beispiel vor Augen hält. Die Linie 10 soll nach einem Vorschlag mindestens in drei Teilstrecken zerlegt werden, nämlich von Mödern bis zum Chausseehaus mit einem Fahrpreis von 15 Pfg., dann von Mödern bis zum Augustusplatz mit einem Fahrpreis von 20 Pfg. und als dritte Zone zwischen Mödern und über den Augustusplatz hinaus mit einem Fahrpreis von 25 Pfg., der noch eine vierte Zone über den Südpark hinaus zu folgen hätte und wofür 30 Pfg. zu zahlen wären. Die Mödernerischen Einwohner müßten danach, um in die Stadt zu gelangen, mindestens 20 Pfg. ausgeben, wollen sie aber etwa auf den Königsplatz, so müßten sie mindestens 25 Pfg. für die Fahrt bezahlen. Dagegen würde der in Vorort-Gohlis wohnende Geschäftsmann in allen Fällen mit 15 höchstens 20 Pfg. auskommen. Getroffen werden bei dieser Regelung also unter allen Umständen diejenigen Einwohner, die aus irgendwelchen Gründen in den Vororten wohnen. Den Siedlungsbestrebungen würden auf diese Weise die schwersten Hemmnisse auferlegt, denn Voraussetzung für jede Siedlungstätigkeit und für jede Auflockerung der Wohnverdichtung ist das Vorhandensein guter und billiger Verkehrsverbindungen.

Dabei würde nach allen Erfahrungen, die in andern Städten mit dem Teilstreckentarif gemacht worden sind, noch nicht einmal der notwendige finanzielle Gewinn für die Straßenbahn herausspringen. Die Erfahrungen lehren nämlich, daß der durchschnittlich erzielte Fahrpreis bei dem Streckentarif nur wenig, nämlich nur 10 Prozent, über den für die kürzeste Strecke erzielten Fahrpreis liegt. Diese Tatsache erklärt sich einfach daraus, daß bei dem Streckentarif jeder bestrebt ist, die Fahrstrecke so weit wie möglich zu kürzen, um den höheren Fahrpreis zu sparen.

Diese Ueberlegungen müssen zu der Erkenntnis führen, daß der Einheitsfahrpreis für alle Fahrten einschließlich der Umsteiger aus finanziellen wie aus technischen, vor allem aber aus sozialen Gründen der einzig mögliche und gerechte ist, und daß dieser Einheitsstarif vor allen Dingen im Interesse der werktätigen Bevölkerung unbedingt beibehalten werden muß. In den Großstädten, wie zum Beispiel in Chemnitz und Berlin, wo jahrelang der Streckentarif bestanden hat, ist man deshalb in den letzten Jahren auch zum Einheitsfahrpreis übergegangen und hat damit die besten Erfahrungen gemacht. Es würde für Leipzig einen ungeheuren Rückschritt bedeuten, wenn man jetzt den Einheitsstarif durchbrechen wollte. Kommt die Straßenbahn mit dem Einheitsfahrpreis von 15 Pfg. nicht aus und lassen sich andre Gesetze nicht erschließen oder Ausgaben ersparen, dann muß unter Abschaffung des erhöhten Fahrpreises für Umsteiger und des Streckentarifs durch eine mäßige Erhöhung des Einheitsfahrpreises Abhilfe geschaffen werden, wobei aber vor allen Dingen zu berücksichtigen ist, daß die Fahrten der berufstätigen Bevölkerung, also vor allen Dingen der Arbeiterklasse, in irgendeiner Weise gegenüber dem jetzigen Preis verteuert werden. Es wird Aufgabe der Stadtverordneten sein, einen gangbaren Weg in dieser Richtung zu finden.

leistungsfähig zu erhalten; sie soll aus der geplanten Anleihe entnommen werden. Wie notwendig es ist, die Elektrizitätswerke auszubauen, ergibt sich, wenn man in Betracht zieht, daß die Inanspruchnahme der Betriebsmittel aus dem Jahre 1914 von 9000 Kilowatt auf 38.000 Kilowatt im Jahre 1925 gestiegen ist. Die Stromabgabe im Jahre 1914 (Januar bis Oktober) betrug 19.023.984 Kilowatt und im Jahre 1925 (Januar bis Oktober) 63.917.640 Kilowatt; das ist eine Steigerung um fast das Vierfache.

Die Leipziger Bevölkerung von 1911 bis 1925.

Das Statistische Amt der Stadt Leipzig teilt mit: Die endgültige Feststellung des Ergebnisses der Volks- und Berufszählung vom 16. Juni d. J. gibt Gelegenheit zu einem Vergleich mit dem Ergebnis der letzten großen Volkszählung vor dem Kriege am 1. Dezember 1910 und gleichzeitig zu einem Ueberblick über die in der Zwischenzeit eingetretenen Veränderungen. Es soll versucht werden, den ermittelten Bevölkerungszuwachs in seine ursprünglichen Bestandteile zu zerlegen. Die im folgenden mitgeteilten Zahlen sind aus Gründen der Uebersichtlichkeit abgerundet worden. Bei der Volkszählung am 1. Dezember 1910 wurden in Leipzig 589.800 Personen, darunter 287.400 männliche und 302.400 weibliche gezählt. Am 16. Juni d. J. ist die Leipziger Bevölkerung mit 679.300 Personen (321.200 männliche und 358.100 weibliche) festgestellt worden. Die Zunahme betrug in der Zwischenzeit bei der Gesamtbevölkerung 89.500 = 15,2 Proz., bei dem männlichen Teil der Bevölkerung 33.800 = 11,8 Proz. und bei der weiblichen Bevölkerung 55.700 = 18,4 Proz. Der festgestellte Bevölkerungszuwachs teilt sich zusammen aus Ueberschluß der Lebensgeborenen über die Gestorbenen (Geburtenüberschuß), Wanderungsgewinn und Eingemeindungsgewinn. Den stärksten Anteil am Bevölkerungszuwachs seit Ende 1910 beansprucht in Leipzig der Eingemeindungsgewinn. Eingemeindet wurden in der Zwischenzeit am 15. Februar 1915 die Vororte Schönfeld und Modau, am 1. Januar 1922 die Vororte Großschlocher-Windorf, Leusch, Wahren und Baumdorf und am 1. April 1925 eine größere aus selbständigen Gutsbezirken bestehende Gebietsfläche mit geringer Bevölkerung. Nach den Ergebnissen der letzten den betreffenden Eingemeindungs-terminen vorangegangenen Volkszählungen hat die Leipziger Bevölkerung seit Ende 1910 allein durch die Eingemeindungen eine Zunahme von rund 62.000 Personen (30.000 Männern und 32.000 Frauen) erfahren. Das sind etwa 70 Proz. des Bevölkerungszuwachses überhaupt. Bei der Feststellung des Eingemeindungsgewinnes ist der Umstand berücksichtigt worden, daß zwischen Eingemeindung und letzter Volkszählung in jedem Falle eine größere Zeitperiode lag und daß in der Zwischenzeit die Bevölkerung der zum Teil in rascher Aufwärtsentwicklung befindlichen Vororte weiter zugenommen hat. Neben dem starken Eingemeindungsgewinn nimmt sich der seit Ende 1910 in Leipzig festgestellte Geburtenüberschuß sehr beachtlich aus. Bei der männlichen Bevölkerung ist ein Geburtenüberschuß überhaupt nicht eingetreten. Hier war vielmehr die Zahl der Sterbefälle, wenn auch nur geringfügig, höher als die der Geburten, und zwar um etwa 900. Bei der weiblichen Bevölkerung ist ein Mehr von rund 12.600 Geburten erzielt worden, so daß sich für die Leipziger Gesamtbevölkerung zwischen den beiden Volkszählungen ein Geburtenüberschuß von 11.700 ergibt, gegenüber rund 96.000 in dem vergleichbaren Zeitraum 1896 bis 1910. Der geringe Geburtenüberschuß der letzten 15 Jahre ist in Leipzig zum größten Teil auf den Geburtenrückgang in den Kriegs- und Nachkriegsjahren zurückzuführen. Das besonders auffällige Mißverhältnis zwischen Geburten und Sterbefällen bei der männlichen Bevölkerung erklärt sich aus den starken Kriegsverlusten im Felde, an denen die Stadt Leipzig nach den hier standesamtlich beurkundeten Todesfällen von Kriegsteilnehmern mit über 17.000 beteiligt war. Auch die erhöhte Kriegsterblichkeit in der Heimat hat das Ergebnis der natürlichen Bevölkerungszunahme seit 1911 ungünstig beeinflusst. Der nach Abzug des Geburtenüberschusses und des Eingemeindungsgewinnes vom Gesamtzuwachs der Bevölkerung verbleibende Rest von etwa 15.000 Personen muß als Wanderungsgewinn gelten. Auch der Leipziger Wanderungsgewinn der letzten 15 Jahre war sehr gering; in dem vergleichbaren Zeitraum von 1896 bis 1910 wurden annähernd 50.000 zugewanderte Personen festgesetzt, also mehr als das Dreifache. Von dem seit Ende 1910 zugewanderten Personen waren nach dem Ergebnis der Berechnung ungefähr drei Viertel (11.000) Frauen. Die Zuverlässigkeit dieser Feststellung kann leider an Hand der Unterlagen der Polizei über die Zu- und Abzüge der Bevölkerung nicht nachgeprüft werden, da diese über das Geschlecht der zu- und weggezogenen Personen keine Angaben enthalten. Immerhin scheint ein starkes Ueberwiegen der weiblichen Bevölkerung unter den in den Kriegs- und Nachkriegsjahren zugewanderten Personen durchaus möglich, da die Berufstätigkeit der Frau wesentlich zugenommen hat unter starker Bevorzugung der kaufmännischen und gewerblichen Berufe, die ihren Sitz vorzugsweise in der Großstadt haben.

gewinn nimmt sich der seit Ende 1910 in Leipzig festgestellte Geburtenüberschuß sehr beachtlich aus. Bei der männlichen Bevölkerung ist ein Geburtenüberschuß überhaupt nicht eingetreten. Hier war vielmehr die Zahl der Sterbefälle, wenn auch nur geringfügig, höher als die der Geburten, und zwar um etwa 900. Bei der weiblichen Bevölkerung ist ein Mehr von rund 12.600 Geburten erzielt worden, so daß sich für die Leipziger Gesamtbevölkerung zwischen den beiden Volkszählungen ein Geburtenüberschuß von 11.700 ergibt, gegenüber rund 96.000 in dem vergleichbaren Zeitraum 1896 bis 1910. Der geringe Geburtenüberschuß der letzten 15 Jahre ist in Leipzig zum größten Teil auf den Geburtenrückgang in den Kriegs- und Nachkriegsjahren zurückzuführen. Das besonders auffällige Mißverhältnis zwischen Geburten und Sterbefällen bei der männlichen Bevölkerung erklärt sich aus den starken Kriegsverlusten im Felde, an denen die Stadt Leipzig nach den hier standesamtlich beurkundeten Todesfällen von Kriegsteilnehmern mit über 17.000 beteiligt war. Auch die erhöhte Kriegsterblichkeit in der Heimat hat das Ergebnis der natürlichen Bevölkerungszunahme seit 1911 ungünstig beeinflusst. Der nach Abzug des Geburtenüberschusses und des Eingemeindungsgewinnes vom Gesamtzuwachs der Bevölkerung verbleibende Rest von etwa 15.000 Personen muß als Wanderungsgewinn gelten. Auch der Leipziger Wanderungsgewinn der letzten 15 Jahre war sehr gering; in dem vergleichbaren Zeitraum von 1896 bis 1910 wurden annähernd 50.000 zugewanderte Personen festgesetzt, also mehr als das Dreifache. Von dem seit Ende 1910 zugewanderten Personen waren nach dem Ergebnis der Berechnung ungefähr drei Viertel (11.000) Frauen. Die Zuverlässigkeit dieser Feststellung kann leider an Hand der Unterlagen der Polizei über die Zu- und Abzüge der Bevölkerung nicht nachgeprüft werden, da diese über das Geschlecht der zu- und weggezogenen Personen keine Angaben enthalten. Immerhin scheint ein starkes Ueberwiegen der weiblichen Bevölkerung unter den in den Kriegs- und Nachkriegsjahren zugewanderten Personen durchaus möglich, da die Berufstätigkeit der Frau wesentlich zugenommen hat unter starker Bevorzugung der kaufmännischen und gewerblichen Berufe, die ihren Sitz vorzugsweise in der Großstadt haben.

Wie einst...?

Das Reichswehrministerium hat auf Grund der Paragraphen 36 und 37 des Wehrgesetzes neben einigen sich zum Rechtsradikalismus bekennenden Verbänden und den republikanischen Organisationen auch die Zentralkommission für Arbeiterpost und Körperpflege und somit also zur Zentralkommission gehörenden Verbände, also auch den Arbeiter-Turn- und Sportbund, als politisch und im Verstoß gegen alle der Reichswehr geforderten Verbände und Vereine entzogen. Besonders rigoros wirkt sich diese Maßnahme für den Gau Sachsen des Teutonenvereins Naturfreunde aus, der auf der ehemaligen Festung Königstein Pulverkücher mit großen Kosten

## Wo ruft die Pflicht?

Funktionäre.

**Wahren.** Mittwoch, den 16. Dezember, abends 8 Uhr, in der Bibliothek Funktionärversammlung.

**Nordwest.** Donnerstag, den 17. Dezember, abends 8 Uhr, Adau-Aushaus Genosse Hartig spricht über Beobachtungen und Ergebnisse in Russland.

Frauen.

**Stäns.** Morgen Mittwoch abend gehen alle Genossen und Genossinnen mit Angehörigen in den Gasthof zur Winterferienweihnachtsfeier. - Donnerstag, nachmittags 2 Uhr, Treffen der Frauen am Konium zum Besuch der Weihnachts-Ausstellung der Frauen am Bleicherplatz.

**Connwitz.** Morgen Mittwoch, nachmittags 3 Uhr, Treffen der Frauen am Kreuz zum Besuch der Weihnachtsfeier.

Kinderfreunde.

**Alt-Leipzig, Südring.** Am Mittwoch, nachmittags 3 Uhr, beschäftigen wir die Weihnachtsausstellung der Arbeiter, ist in der W. Halle am Alten Theater Treffen 3 Uhr am Volkshaus.

**Wölkau.** Wir spielen diesen Mittwoch von 3-6 Uhr wieder im Rathaus, Zimmer 6. Kommt alle und bringt die Liebesbriefe mit.

**Connwitz.** Morgen Mittwoch, nachmittags 3 Uhr, treffen wir uns am Kreuz zum Besuch der Weihnachtsausstellung. Bringt eure Eltern mit, Eintritt frei. - Donnerstag, den 17. Dezember, abends 8 Uhr, Mädchenabend mit Lichtbildern in der 7. Volksschule für Kinder und Erwachsene Eintritt frei.

**Wagwitz-Vindenhau-Schleibitz.** Montag, den 21. Dezember, nachmittags 3 Uhr, besuchen wir die Au. Kellnerin. - Freitag, den 25. - 7 Uhr Spielen Schloß Vindenhau. Jedes Kind soll 25 Pf. mitbringen. Sonntag, vorm. 10 Uhr, Film, Schloß Vindenhau.

1933.

**Funktionärschule** findet heute Dienstagabend statt. Alles vollständig erschienen.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

**Leipzig, Abteilung Nord.** Freitag, den 18. Dezember 1933, abends 8 Uhr, Zusammenkunft des Reichsbanners einheitslos. Spielstätte in der Goldenen Krone, V. Wölkern.

## Mitglieder-Veranstaltungen.

**Böhlitz-Chrenberg.** Mittwoch, den 16. Dezember, abends 8 Uhr, in der Grünen Aue 1 Vortrag des Gen. W. Enge mann. Ueber Wirtschaftsgeschichte, 3. Berichtedebatte.

**Connwitz.** Alle Mitglieder treffen sich mit ihren Angehörigen morgen nachm. 3 Uhr am Kreuz zum Besuch der Weihnachtsfeier. Alle von ihrer Arbeitstätte kommenden, treffen sich in der W. Halle am Alten Theater.

zu Untersuchungs- und Ferienhäuser eingerichtet hat. Diese, zu nichts anderem brauchbaren Gebäude muß der Verein Ende dieses Jahres räumen, nur weil der Verein als politisch angesehen wird. Jak.

## „Kein Inzerat wert.“

Die Firma Franz Seidel, Kurprinzstraße 16/18, die Fahrradverkaufer, wurde erwischt, das Inzerat, das sie in bürgerlichen Zeitungen hatte erscheinen lassen, auch in die Leipziger Volkszeitung einzurücken. Darauf schrieb Herr Franz Seidel unzer Inzeratverwertung: „Die Leipziger Volkszeitung ist kein Inzerat wert.“ Was das, was dieser Geschäftsinhaber über unsere Zeitung sagt, geben wir natürlich nicht. Wir bringen diese Äußerung nur zur Kenntnis der Leser, weil Herr Seidel offenbar keine Fahrradverkaufer in Arbeiterkreisen nicht ablesen will, sonst hätte er diese Haltung nicht eingenommen. Unsere Leser werden sicherlich Herrn Seidel reichlich Gelegenheit geben, seinen Abgang nur in bürgerlichen Kreisen zu suchen.

**Städtische Getränkesteuer von Privatpersonen.** Das Stadtsteueramt teilt mit: In letzter Zeit nötig gewordene Bestrafungen geben Veranlassung darauf hinzuweisen, daß viele Privatpersonen, die Getränke, wie Wein, Schaumwein, Fruchtweine, Bier und Weinbrand (Liquore, Weinbrand usw.) beziehen, für die die städtische Getränkesteuer noch nicht entrichtet worden ist, es unterlassen, diese Getränke binnen 3 Tagen bei dem Stadtsteueramt schriftlich oder mündlich unter Vorlegung der Rechnung zur Getränkesteuer anzumelden und zu versteuern. Es wird sich in der Hauptsache um Getränke handeln, die von auswärtig bezogen oder von hiesigen Lagern auswärtiger Firmen ausgeliefert werden. Die Rechnungen müssen immer einen Vermerk darüber enthalten, ob die städtische Getränkesteuer bereits berechnet ist oder nicht. Die städtische Getränkesteuer ist außer der berechneten Wein- oder Sektsteuer zu entrichten. Zahlstelle für die städtische Getränkesteuer ist die Steuerhebestelle 3 F im Stadtsteueramt, Rathausstraße 3, Erdgeschoss rechts. Auskunft wird daselbst 2. Obergesch., Zimmer 43, erteilt.

**Die Anmeldungen für das Sozialpädagogische Frauenseminar,** Königsstr. 18/20, auf Ostern 1934 werden bis 31. Januar 1934 erbeten. Das Seminar umfaßt folgende Abteilungen: a) Wohlfahrtslehre (Ausbildung zur Sozialbeamten), b) Jugendleiterinnen-Ausbildungsanstalt, c) Kindergärtnerinnen- und Hortnerinnenseminar (Freizeit-Frauenclubs). Die Aufnahmebedingungen für die einzelnen Abteilungen gibt die Direktion des Seminars (Werktags 11 bis 12 Uhr) auf Wunsch bekannt.

**Vom Funkweien im Ausland** teilt uns die Oberpostdirektion mit: Letzland: Die neue Funkstelle in Riga wird auf Welle 485 m senden. Spanien: Radio Cadix sendet täglich von 7 Uhr abends an auf Welle 300 m. Vor dem Beginn der Uebermittlungen ist ein Taktschlag zu hören. Der neue Sender in Bilbao, radio vizcaya, ca. 11, sendet auf Welle 383 täglich von 9 Uhr an bis Mitternacht; am Schluss der Darbietungen wird die spanische Nationalhymne gespielt. Vereinigte Staaten: Die radio corporation of america hat in der Nähe von Roundbrook, New Jersey, einen 10-kW-Rundfunksender errichtet, mit dem in den nächsten Tagen Versuche angestellt werden sollen. Die Sendestelle ist durch eine Landlinie mit dem Fernspreckraum in New York verbunden. Kanada: Die Funkstelle aclair ist jetzt eröffnet worden. Sie befindet sich etwa 100 Kilometer vom Nordlichen Eismeer entfernt. Durch sie ist eine Verbindung mit dem 2500 Kilometer entfernten ebmonton hergestellt worden.

**Fische und Gemüse sehr teuer.** Aus den Ermittlungen des Statistischen Amtes der Stadt Berlin, die wöchentlich über die Preisbewegung der wichtigsten Lebensbedürfnisse veröffentlicht werden, geht hervor, daß Fische und Gemüse gegenüber den Vorkriegspreisen am meisten im Preise gestiegen sind. Während die Preissteigerung für die einzelnen Lebensmittelsgruppen im Durchschnitt zwischen 21,5 und 84,5 Prozent über dem Vorkriegsstande liegt, sind einzelne Lebensmittel ganz exorbitant übersteuert. Ein erster Stelle stehen da beispielsweise geräucherter Hering mit 200 Prozent mehr als im November 1913. Es folgen dann gelbe Kohlrüben mit 150 Prozent, Spinat mit 147 Prozent, Zwiebeln mit 150 Prozent,

Kabeljau mit 133,3 Prozent, Dorsch mit 130,8 Prozent über Vorkriegspreis. Auch Mohrrüben sind sehr stark übersteuert und kosten 125 Prozent mehr als im Frieden. Ueber 100 Prozent sind ferner gestiegen: gebrannter Kaffee, mittlere Sorte mit 118 Prozent, Zucker Röhre mit 112,7 Prozent, Schollen und Flandern mit 104 Prozent.

**Ziehbahnen.** Aus den höchsten Neubauten, Leipzig-Gutlich, Zerbener, Hohmann- und Wemmelstraße, sind, wahrscheinlich einzeln, von den Oktober und November dahin gelieferten blau angeführten 176 Lokomotiven 11 Stück gelieferten worden. Wir verweisen auf das Inzerat in der Leipziger Volkszeitung.

**Erhoffen hat sich am Montag** der 50 Jahre alte Buchhalter und Proturist einer hiesigen Buchdruckerei und Verlagsbuchhandlung. Er soll Mittel der Firma als Kredite ausgegeben haben.

**Die Gültigkeit der Sonntagsjahrkarten für den Weihnachtsverkehr** erlischt für den Mittwoch, den 23. Dezember, mittags, bis einschließlich zum 3. Weihnachtstages 12 Uhr nachts.

**Öffentliche archaische Museumsführung.** Im Naturkundlichen Heimatmuseum am Fleischplatz (Eingang Vorlingstraße 3) findet Mittwoch bei freiem Eintritt abends 7.30 Uhr eine Führung in der Schausammlung statt: Die Eiszeit; Gliederung der eiszeitlichen Ablagerungen in der Heimat (R. Glösel). Mittwoch, den 23. Dezember, fällt die öffentliche Abendführung aus. - In der zoologischen Schausammlung ist die erste Bismarcktaube aufgeführt, die dem Museum aus dem heimatischen Sammelgebiet zugegangen ist.

**Öffentliche Jugenderhaltungen.** Mittwoch, den 16. Dezember, abends 8 Uhr, im Saal des Städtischen Jugendheims, Töpferstraße 2, 3 Tr., Lichtbildvortrag des Herrn Studienrates Schmidt, Schachmeister des Erzgebirgischen Zweigvereins Leipzig, „Winterzauber im Erzgebirge.“ Eintritt frei.

**Elternabende.** 4. Volksschule, Sonnabend, den 19. Dezember, abends 7.30 Uhr, im Schulsaal: Weihnachtsfeier (nur für Erwachsene). Eintrittsfrei zu 20 Pf. in der Schule.

**Wetterbericht.** Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland: Etwas kälter, anfangs zum größten Teil bewölkt mit etwas Schnee, dann zeitweise Aufhellung. Wetterausichten für ganz Deutschland: Im Süden zahlreiche, im Norden vereinzelte Schneefälle, überall etwas kälter.

**Fleischverkauf am Mittwoch.** Freibank I: Nr. 1001-2400; Freibank II: Nr. 2001-4200. Ab 1 Uhr freier Verkauf.

## Polizeinrichten.

**Warnung vor Taschendiebstahl.** Der härter werdende Weihnachtverkehr auf den Straßen und in Geschäften gibt wiederum Veranlassung, das Publikum eindringlich vor Taschendiebstahl zu warnen. Ständig sind solche Menschen unterwegs und lassen keine günstige Gelegenheit an einem Taschendiebstahl unbenuzt vorübergehen. Der Weihnachtverkehr allerorten schafft ja solche Gelegenheiten genug. In Warenhäusern, an den Verkaufsständen, besonders aber in den Geschäftshäusern macht es ihnen keine Schwierigkeiten, Frauen die Geldbörschen aus der Manteltasche, der Handtasche oder gar die Taschen zu stehlen, wie aus den vielen bei der Polizei eingehenden Anzeigen hervorgeht. Auch Ankaufstellen vor Schaufenstern, an Straßenbahnhaltestellen sind günstige Gelegenheiten für diese Langfinger, denen durch die vielfach beobachtete Sorglosigkeit und Unachtsamkeit des Publikums die Diebstähle, die manchen schon schwere Verluste gebracht haben, sehr erleichtert werden. Insbesondere wird daher Damen angeraten, die Handtasche nicht lang am Riemen, sondern kurz unter dem Arme zu tragen. Wenn möglich melde man Gebränge, da solche oft von zusammengehörigenden Taschendiebstahl fühllich verursacht werden, um ihre Opfer abulenken und noch bequemer bestehlen zu können. Ferner achte man, falls man doch in ein Gebränge geraten sollte, auf alle Personen seiner nächsten Umgebung. Häufig ist es durch die Unachtsamkeit des Publikums gelungen, Taschendiebe der Polizei zu übergeben. Jeder, der auch nur die geringste verdächtige Bahnehmung gemacht hat, teufe er sofort dem nächsten Polizeibeamten mit. Man lasse sich durch listiges, selbstbewusstes Auftreten und bessere Kleidung nicht täuschen.

**Bereiteter Einbruch.** Am 1. Oktober in der 10. Stunde ist beobachtet worden, wie ein unbekannter Mann die Umklekabine der Eisenbahnwärterin an der Bahndorferstraße u. L. Stütz überließen hat. Zwei andere Männer ließen sich davon, als sie bemerkten, daß sie beobachtet wurden. Ohne Zweifel hatten die drei die Absicht, in der Gartenkolonie Einbrüche zu verüben. Am Gartenkolonieningang ist eine ältere Carbid-Strahlampe zurückgelassen worden, durch die es gelingen könnte, die Täter zu ermitteln. Der Scheinwerfer der Lampe ist mit Schutzstrahlenschutz versehen und ist durch einen verriegelten Eisenriegel an dem Lampenfuß befestigt und die fehlende Feder des Lampenstrahlers ist durch eine unfällige 4 cm lange Spiralfeder aus verzinktem Eisenblech ersetzt worden. Die Lampe kann während der Dienzeit bei der Kriminalabteilung beschlagnahmt werden.

**Ermittelt ist der Aufenthalt des 19jährigen Räufers Hugo Köppe.**

## Rundfunkprogramm.

Leipzig.

**Mittwoch, den 16. Dezember.** Wirtschaftsrundfunk: 10 Uhr: Wirtschaftsberichte: Holz- und Baumwollpreise; amer. Metallmeldungen des Vorkriegs. 3.30 Uhr: Devisen, Baumwolle, Landwirtschaft, Berliner Metall amilch und Del Markt. 6 Uhr: Wirtschaftsberichte: Wiederholung von 3.30 Uhr. 6.15 Uhr: Fortschritt: Baumwoll-, Londoner Metall amilch und Landwirtschaft und Mittellungen des Leipziger Reichsamt für Handel und Industrie. 6.30 Uhr: Gesellschaftliche Mittellungen fürs Haus. Rundfunk für Unterhaltung und Belehrung: 10.10-10.15 Uhr: Winterwetterberichte des Säch. Verkehrsverbandes. 10.15: Was die Zeitung bringt. 11.45 Uhr: Wetterdienst und -Vorausgabe. 12 Uhr: Mittagsmusik auf der Spield-Phonola. 12.55 Uhr: Neuerer Zeitungen. 1.15 Uhr: Presse- und Börsenbericht. 4-5 Uhr: Nachmittagskonzert des Leipziger Rundfunkorchesters. 6.45-7 Uhr: Funkballstunde. 7-7.30 Uhr: 4. Vortrag aus dem Zyklus: Einführung in die Sternkunde von Dr. H. H. Krlinger (von Dresden aus): „Der praktische Wert der Astronomie“. 7.30-8 Uhr: Vortrag: Prof. Dr. Witkowski von der Universität Leipzig. 7. Vortrag innerhalb der Vortragsreihe: „Geschichte des neuen Dramas und des Theaters.“ Programm der Mitteldeutschen Besprechungsstelle Weimar für Welle 452. 8.15 Uhr: Konzert. Mitwirkende: Dr. Ernst Lehto (Klavier), Otto Braun (Flöte), Willy Müller (Fagott), Fritz Zimmermann (Oboe), Albert Weile (Klarinette), Georg Seibel (Horn), Karl Heerhagen (Gesang). 1. Quatuor: Ffötenkonzert (Co-Dur). 2. Beethoven: Lieberkrets „An die ferne Geliebte“ (sech Gedichte von A. Zeitler). 3. Mozart: Duinett für Klavier, Oboe, Klarinette, Horn und Fagott (Co-Dur). Programm der Mitteldeutschen Besprechungsstelle Dresden für Welle 204. 8.15 Uhr: Hörspiel: „Die Geschichte von A. Zeitler“. 8.30 Uhr: Duinett für Klavier, Oboe, Klarinette, Horn und Fagott (Co-Dur). Programm der Mitteldeutschen Besprechungsstelle Leipzig. 8.30-8.45 Uhr: Hörspiel: „Die Geschichte von A. Zeitler“. 8.45-9 Uhr: Vortrag: Prof. Dr. Witkowski von der Universität Leipzig. 7. Vortrag innerhalb der Vortragsreihe: „Geschichte des neuen Dramas und des Theaters.“ Programm der Mitteldeutschen Besprechungsstelle Weimar für Welle 452. 8.15 Uhr: Konzert. Mitwirkende: Dr. Ernst Lehto (Klavier), Otto Braun (Flöte), Willy Müller (Fagott), Fritz Zimmermann (Oboe), Albert Weile (Klarinette), Georg Seibel (Horn), Karl Heerhagen (Gesang). 1. Quatuor: Ffötenkonzert (Co-Dur). 2. Beethoven: Lieberkrets „An die ferne Geliebte“ (sech Gedichte von A. Zeitler). 3. Mozart: Duinett für Klavier, Oboe, Klarinette, Horn und Fagott (Co-Dur). Programm der Mitteldeutschen Besprechungsstelle Dresden für Welle 204. 8.15 Uhr: Hörspiel: „Die Geschichte von A. Zeitler“. 8.30 Uhr: Duinett für Klavier, Oboe, Klarinette, Horn und Fagott (Co-Dur). Programm der Mitteldeutschen Besprechungsstelle Leipzig. 8.30-8.45 Uhr: Hörspiel: „Die Geschichte von A. Zeitler“. 8.45-9 Uhr: Vortrag: Prof. Dr. Witkowski von der Universität Leipzig. 7. Vortrag innerhalb der Vortragsreihe: „Geschichte des neuen Dramas und des Theaters.“ Programm der Mitteldeutschen Besprechungsstelle Weimar für Welle 452. 8.15 Uhr: Konzert. Mitwirkende: Dr. Ernst Lehto (Klavier), Otto Braun (Flöte), Willy Müller (Fagott), Fritz Zimmermann (Oboe), Albert Weile (Klarinette), Georg Seibel (Horn), Karl Heerhagen (Gesang). 1. Quatuor: Ffötenkonzert (Co-Dur). 2. Beethoven: Lieberkrets „An die ferne Geliebte“ (sech Gedichte von A. Zeitler). 3. Mozart: Duinett für Klavier, Oboe, Klarinette, Horn und Fagott (Co-Dur). Programm der Mitteldeutschen Besprechungsstelle Dresden für Welle 204. 8.15 Uhr: Hörspiel: „Die Geschichte von A. Zeitler“. 8.30 Uhr: Duinett für Klavier, Oboe, Klarinette, Horn und Fagott (Co-Dur). Programm der Mitteldeutschen Besprechungsstelle Leipzig. 8.30-8.45 Uhr: Hörspiel: „Die Geschichte von A. Zeitler“. 8.45-9 Uhr: Vortrag: Prof. Dr. Witkowski von der Universität Leipzig. 7. Vortrag innerhalb der Vortragsreihe: „Geschichte des neuen Dramas und des Theaters.“ Programm der Mitteldeutschen Besprechungsstelle Weimar für Welle 452. 8.15 Uhr: Konzert. Mitwirkende: Dr. Ernst Lehto (Klavier), Otto Braun (Flöte), Willy Müller (Fagott), Fritz Zimmermann (Oboe), Albert Weile (Klarinette), Georg Seibel (Horn), Karl Heerhagen (Gesang). 1. Quatuor: Ffötenkonzert (Co-Dur). 2. Beethoven: Lieberkrets „An die ferne Geliebte“ (sech Gedichte von A. Zeitler). 3. Mozart: Duinett für Klavier, Oboe, Klarinette, Horn und Fagott (Co-Dur). Programm der Mitteldeutschen Besprechungsstelle Dresden für Welle 204. 8.15 Uhr: Hörspiel: „Die Geschichte von A. Zeitler“. 8.30 Uhr: Duinett für Klavier, Oboe, Klarinette, Horn und Fagott (Co-Dur). Programm der Mitteldeutschen Besprechungsstelle Leipzig. 8.30-8.45 Uhr: Hörspiel: „Die Geschichte von A. Zeitler“. 8.45-9 Uhr: Vortrag: Prof. Dr. Witkowski von der Universität Leipzig. 7. Vortrag innerhalb der Vortragsreihe: „Geschichte des neuen Dramas und des Theaters.“ Programm der Mitteldeutschen Besprechungsstelle Weimar für Welle 452. 8.15 Uhr: Konzert. Mitwirkende: Dr. Ernst Lehto (Klavier), Otto Braun (Flöte), Willy Müller (Fagott), Fritz Zimmermann (Oboe), Albert Weile (Klarinette), Georg Seibel (Horn), Karl Heerhagen (Gesang). 1. Quatuor: Ffötenkonzert (Co-Dur). 2. Beethoven: Lieberkrets „An die ferne Geliebte“ (sech Gedichte von A. Zeitler). 3. Mozart: Duinett für Klavier, Oboe, Klarinette, Horn und Fagott (Co-Dur). Programm der Mitteldeutschen Besprechungsstelle Dresden für Welle 204. 8.15 Uhr: Hörspiel: „Die Geschichte von A. Zeitler“. 8.30 Uhr: Duinett für Klavier, Oboe, Klarinette, Horn und Fagott (Co-Dur). Programm der Mitteldeutschen Besprechungsstelle Leipzig. 8.30-8.45 Uhr: Hörspiel: „Die Geschichte von A. Zeitler“. 8.45-9 Uhr: Vortrag: Prof. Dr. Witkowski von der Universität Leipzig. 7. Vortrag innerhalb der Vortragsreihe: „Geschichte des neuen Dramas und des Theaters.“ Programm der Mitteldeutschen Besprechungsstelle Weimar für Welle 452. 8.15 Uhr: Konzert. Mitwirkende: Dr. Ernst Lehto (Klavier), Otto Braun (Flöte), Willy Müller (Fagott), Fritz Zimmermann (Oboe), Albert Weile (Klarinette), Georg Seibel (Horn), Karl Heerhagen (Gesang). 1. Quatuor: Ffötenkonzert (Co-Dur). 2. Beethoven: Lieberkrets „An die ferne Geliebte“ (sech Gedichte von A. Zeitler). 3. Mozart: Duinett für Klavier, Oboe, Klarinette, Horn und Fagott (Co-Dur). Programm der Mitteldeutschen Besprechungsstelle Dresden für Welle 204. 8.15 Uhr: Hörspiel: „Die Geschichte von A. Zeitler“. 8.30 Uhr: Duinett für Klavier, Oboe, Klarinette, Horn und Fagott (Co-Dur). Programm der Mitteldeutschen Besprechungsstelle Leipzig. 8.30-8.45 Uhr: Hörspiel: „Die Geschichte von A. Zeitler“. 8.45-9 Uhr: Vortrag: Prof. Dr. Witkowski von der Universität Leipzig. 7. Vortrag innerhalb der Vortragsreihe: „Geschichte des neuen Dramas und des Theaters.“ Programm der Mitteldeutschen Besprechungsstelle Weimar für Welle 452. 8.15 Uhr: Konzert. Mitwirkende: Dr. Ernst Lehto (Klavier), Otto Braun (Flöte), Willy Müller (Fagott), Fritz Zimmermann (Oboe), Albert Weile (Klarinette), Georg Seibel (Horn), Karl Heerhagen (Gesang). 1. Quatuor: Ffötenkonzert (Co-Dur). 2. Beethoven: Lieberkrets „An die ferne Geliebte“ (sech Gedichte von A. Zeitler). 3. Mozart: Duinett für Klavier, Oboe, Klarinette, Horn und Fagott (Co-Dur). Programm der Mitteldeutschen Besprechungsstelle Dresden für Welle 204. 8.15 Uhr: Hörspiel: „Die Geschichte von A. Zeitler“. 8.30 Uhr: Duinett für Klavier, Oboe, Klarinette, Horn und Fagott (Co-Dur). Programm der Mitteldeutschen Besprechungsstelle Leipzig. 8.30-8.45 Uhr: Hörspiel: „Die Geschichte von A. Zeitler“. 8.45-9 Uhr: Vortrag: Prof. Dr. Witkowski von der Universität Leipzig. 7. Vortrag innerhalb der Vortragsreihe: „Geschichte des neuen Dramas und des Theaters.“ Programm der Mitteldeutschen Besprechungsstelle Weimar für Welle 452. 8.15 Uhr: Konzert. Mitwirkende: Dr. Ernst Lehto (Klavier), Otto Braun (Flöte), Willy Müller (Fagott), Fritz Zimmermann (Oboe), Albert Weile (Klarinette), Georg Seibel (Horn), Karl Heerhagen (Gesang). 1. Quatuor: Ffötenkonzert (Co-Dur). 2. Beethoven: Lieberkrets „An die ferne Geliebte“ (sech Gedichte von A. Zeitler). 3. Mozart: Duinett für Klavier, Oboe, Klarinette, Horn und Fagott (Co-Dur). Programm der Mitteldeutschen Besprechungsstelle Dresden für Welle 204. 8.15 Uhr: Hörspiel: „Die Geschichte von A. Zeitler“. 8.30 Uhr: Duinett für Klavier, Oboe, Klarinette, Horn und Fagott (Co-Dur). Programm der Mitteldeutschen Besprechungsstelle Leipzig. 8.30-8.45 Uhr: Hörspiel: „Die Geschichte von A. Zeitler“. 8.45-9 Uhr: Vortrag: Prof. Dr. Witkowski von der Universität Leipzig. 7. Vortrag innerhalb der Vortragsreihe: „Geschichte des neuen Dramas und des Theaters.“ Programm der Mitteldeutschen Besprechungsstelle Weimar für Welle 452. 8.15 Uhr: Konzert. Mitwirkende: Dr. Ernst Lehto (Klavier), Otto Braun (Flöte), Willy Müller (Fagott), Fritz Zimmermann (Oboe), Albert Weile (Klarinette), Georg Seibel (Horn), Karl Heerhagen (Gesang). 1. Quatuor: Ffötenkonzert (Co-Dur). 2. Beethoven: Lieberkrets „An die ferne Geliebte“ (sech Gedichte von A. Zeitler). 3. Mozart: Duinett für Klavier, Oboe, Klarinette, Horn und Fagott (Co-Dur). Programm der Mitteldeutschen Besprechungsstelle Dresden für Welle 204. 8.15 Uhr: Hörspiel: „Die Geschichte von A. Zeitler“. 8.30 Uhr: Duinett für Klavier, Oboe, Klarinette, Horn und Fagott (Co-Dur). Programm der Mitteldeutschen Besprechungsstelle Leipzig. 8.30-8.45 Uhr: Hörspiel: „Die Geschichte von A. Zeitler“. 8.45-9 Uhr: Vortrag: Prof. Dr. Witkowski von der Universität Leipzig. 7. Vortrag innerhalb der Vortragsreihe: „Geschichte des neuen Dramas und des Theaters.“ Programm der Mitteldeutschen Besprechungsstelle Weimar für Welle 452. 8.15 Uhr: Konzert. Mitwirkende: Dr. Ernst Lehto (Klavier), Otto Braun (Flöte), Willy Müller (Fagott), Fritz Zimmermann (Oboe), Albert Weile (Klarinette), Georg Seibel (Horn), Karl Heerhagen (Gesang). 1. Quatuor: Ffötenkonzert (Co-Dur). 2. Beethoven: Lieberkrets „An die ferne Geliebte“ (sech Gedichte von A. Zeitler). 3. Mozart: Duinett für Klavier, Oboe, Klarinette, Horn und Fagott (Co-Dur). Programm der Mitteldeutschen Besprechungsstelle Dresden für Welle 204. 8.15 Uhr: Hörspiel: „Die Geschichte von A. Zeitler“. 8.30 Uhr: Duinett für Klavier, Oboe, Klarinette, Horn und Fagott (Co-Dur). Programm der Mitteldeutschen Besprechungsstelle Leipzig. 8.30-8.45 Uhr: Hörspiel: „Die Geschichte von A. Zeitler“. 8.45-9 Uhr: Vortrag: Prof. Dr. Witkowski von der Universität Leipzig. 7. Vortrag innerhalb der Vortragsreihe: „Geschichte des neuen Dramas und des Theaters.“ Programm der Mitteldeutschen Besprechungsstelle Weimar für Welle 452. 8.15 Uhr: Konzert. Mitwirkende: Dr. Ernst Lehto (Klavier), Otto Braun (Flöte), Willy Müller (Fagott), Fritz Zimmermann (Oboe), Albert Weile (Klarinette), Georg Seibel (Horn), Karl Heerhagen (Gesang). 1. Quatuor: Ffötenkonzert (Co-Dur). 2. Beethoven: Lieberkrets „An die ferne Geliebte“ (sech Gedichte von A. Zeitler). 3. Mozart: Duinett für Klavier, Oboe, Klarinette, Horn und Fagott (Co-Dur). Programm der Mitteldeutschen Besprechungsstelle Dresden für Welle 204. 8.15 Uhr: Hörspiel: „Die Geschichte von A. Zeitler“. 8.30 Uhr: Duinett für Klavier, Oboe, Klarinette, Horn und Fagott (Co-Dur). Programm der Mitteldeutschen Besprechungsstelle Leipzig. 8.30-8.45 Uhr: Hörspiel: „Die Geschichte von A. Zeitler“. 8.45-9 Uhr: Vortrag: Prof. Dr. Witkowski von der Universität Leipzig. 7. Vortrag innerhalb der Vortragsreihe: „Geschichte des neuen Dramas und des Theaters.“ Programm der Mitteldeutschen Besprechungsstelle Weimar für Welle 452. 8.15 Uhr: Konzert. Mitwirkende: Dr. Ernst Lehto (Klavier), Otto Braun (Flöte), Willy Müller (Fagott), Fritz Zimmermann (Oboe), Albert Weile (Klarinette), Georg Seibel (Horn), Karl Heerhagen (Gesang). 1. Quatuor: Ffötenkonzert (Co-Dur). 2. Beethoven: Lieberkrets „An die ferne Geliebte“ (sech Gedichte von A. Zeitler). 3. Mozart: Duinett für Klavier, Oboe, Klarinette, Horn und Fagott (Co-Dur). Programm der Mitteldeutschen Besprechungsstelle Dresden für Welle 204. 8.15 Uhr: Hörspiel: „Die Geschichte von A. Zeitler“. 8.30 Uhr: Duinett für Klavier, Oboe, Klarinette, Horn und Fagott (Co-Dur). Programm der Mitteldeutschen Besprechungsstelle Leipzig. 8.30-8.45 Uhr: Hörspiel: „Die Geschichte von A. Zeitler“. 8.45-9 Uhr: Vortrag: Prof. Dr. Witkowski von der Universität Leipzig. 7. Vortrag innerhalb der Vortragsreihe: „Geschichte des neuen Dramas und des Theaters.“ Programm der Mitteldeutschen Besprechungsstelle Weimar für Welle 452. 8.15 Uhr: Konzert. Mitwirkende: Dr. Ernst Lehto (Klavier), Otto Braun (Flöte), Willy Müller (Fagott), Fritz Zimmermann (Oboe), Albert Weile (Klarinette), Georg Seibel (Horn), Karl Heerhagen (Gesang). 1. Quatuor: Ffötenkonzert (Co-Dur). 2. Beethoven: Lieberkrets „An die ferne Geliebte“ (sech Gedichte von A. Zeitler). 3. Mozart: Duinett für Klavier, Oboe, Klarinette, Horn und Fagott (Co-Dur). Programm der Mitteldeutschen Besprechungsstelle Dresden für Welle 204. 8.15 Uhr: Hörspiel: „Die Geschichte von A. Zeitler“. 8.30 Uhr: Duinett für Klavier, Oboe, Klarinette, Horn und Fagott (Co-Dur). Programm der Mitteldeutschen Besprechungsstelle Leipzig. 8.30-8.45 Uhr: Hörspiel: „Die Geschichte von A. Zeitler“. 8.45-9 Uhr: Vortrag: Prof. Dr. Witkowski von der Universität Leipzig. 7. Vortrag innerhalb der Vortragsreihe: „Geschichte des neuen Dramas und des Theaters.“ Programm der Mitteldeutschen Besprechungsstelle Weimar für Welle 452. 8.15 Uhr: Konzert. Mitwirkende: Dr. Ernst Lehto (Klavier), Otto Braun (Flöte), Willy Müller (Fagott), Fritz Zimmermann (Oboe), Albert Weile (Klarinette), Georg Seibel (Horn), Karl Heerhagen (Gesang). 1. Quatuor: Ffötenkonzert (Co-Dur). 2. Beethoven: Lieberkrets „An die ferne Geliebte“ (sech Gedichte von A. Zeitler). 3. Mozart: Duinett für Klavier, Oboe, Klarinette, Horn und Fagott (Co-Dur). Programm der Mitteldeutschen Besprechungsstelle Dresden für Welle 204. 8.15 Uhr: Hörspiel: „Die Geschichte von A. Zeitler“. 8.30 Uhr: Duinett für Klavier, Oboe, Klarinette, Horn und Fagott (Co-Dur). Programm der Mitteldeutschen Besprechungsstelle Leipzig. 8.30-8.45 Uhr: Hörspiel: „Die Geschichte von A. Zeitler“. 8.45-9 Uhr: Vortrag: Prof. Dr. Witkowski von der Universität Leipzig. 7. Vortrag innerhalb der Vortragsreihe: „Geschichte des neuen Dramas und des Theaters.“ Programm der Mitteldeutschen Besprechungsstelle Weimar für Welle 452. 8.15 Uhr: Konzert. Mitwirkende: Dr. Ernst Lehto (Klavier), Otto Braun (Flöte), Willy Müller (Fagott), Fritz Zimmermann (Oboe), Albert Weile (Klarinette), Georg Seibel (Horn), Karl Heerhagen (Gesang). 1. Quatuor: Ffötenkonzert (Co-Dur). 2. Beethoven: Lieberkrets „An die ferne Geliebte“ (sech Gedichte von A. Zeitler). 3. Mozart: Duinett für Klavier, Oboe, Klarinette, Horn und Fagott (Co-Dur). Programm der Mitteldeutschen Besprechungsstelle Dresden für Welle 204. 8.15 Uhr: Hörspiel: „Die Geschichte von A. Zeitler“. 8.30 Uhr: Duinett für Klavier, Oboe, Klarinette, Horn und Fagott (Co-Dur). Programm der Mitteldeutschen Besprechungsstelle Leipzig. 8.30-8.45 Uhr: Hörspiel: „Die Geschichte von A. Zeitler“. 8.45-9 Uhr: Vortrag: Prof. Dr. Witkowski von der Universität Leipzig. 7. Vortrag innerhalb der Vortragsreihe: „Geschichte des neuen Dramas und des Theaters.“ Programm der Mitteldeutschen Besprechungsstelle Weimar für Welle 452. 8.15 Uhr: Konzert. Mitwirkende: Dr. Ernst Lehto (Klavier), Otto Braun (Flöte), Willy Müller (Fagott), Fritz Zimmermann (Oboe), Albert Weile (Klarinette), Georg Seibel (Horn), Karl Heerhagen (Gesang). 1. Quatuor: Ffötenkonzert (Co-Dur). 2. Beethoven: Lieberkrets „An die ferne Geliebte“ (sech Gedichte von A. Zeitler). 3. Mozart: Duinett für Klavier, Oboe, Klarinette, Horn und Fagott (Co-Dur). Programm der Mitteldeutschen Besprechungsstelle Dresden für Welle 204. 8.15 Uhr: Hörspiel: „Die Geschichte von A. Zeitler“. 8.30 Uhr: Duinett für Klavier, Oboe, Klarinette, Horn und Fagott (Co-Dur). Programm der Mitteldeutschen Besprechungsstelle Leipzig. 8.30-8.45 Uhr: Hörspiel: „Die Geschichte von A. Zeitler“. 8.45-9 Uhr: Vortrag: Prof. Dr. Witkowski von der Universität Leipzig. 7. Vortrag innerhalb der Vortragsreihe: „Geschichte des neuen Dramas und des Theaters.“ Programm der Mitteldeutschen Besprechungsstelle Weimar für Welle 452. 8.15 Uhr: Konzert. Mitwirkende: Dr. Ernst Lehto (Klavier), Otto Braun (Flöte), Willy Müller (Fagott), Fritz Zimmermann (Oboe), Albert Weile (Klarinette), Georg Seibel (Horn), Karl Heerhagen (Gesang). 1. Quatuor: Ffötenkonzert (Co-Dur). 2. Beethoven: Lieberkrets „An die ferne Geliebte“ (sech Gedichte von A. Zeitler). 3. Mozart: Duinett für Klavier, Oboe, Klarinette, Horn und Fagott (Co-Dur). Programm der Mitteldeutschen Besprechungsstelle Dresden für Welle 204. 8.15 Uhr: Hörspiel: „Die Geschichte von A. Zeitler“. 8.30 Uhr: Duinett für Klavier, Oboe, Klarinette, Horn und Fagott (Co-Dur). Programm der Mitteldeutschen Besprechungsstelle Leipzig. 8.30-8.45 Uhr: Hörspiel: „Die Geschichte von A. Zeitler“. 8.45-9 Uhr: Vortrag: Prof. Dr. Witkowski von der Universität Leipzig. 7. Vortrag innerhalb der Vortragsreihe: „Geschichte des neuen Dramas und des Theaters.“ Programm der Mitteldeutschen Besprechungsstelle Weimar für Welle 452. 8.15 Uhr: Konzert. Mitwirkende: Dr. Ernst Lehto (Klavier), Otto Braun (Flöte), Willy Müller (Fagott), Fritz Zimmermann (Oboe), Albert Weile (Klarinette), Georg Seibel (Horn), Karl Heerhagen (Gesang). 1. Quatuor: Ffötenkonzert (Co-Dur). 2. Beethoven: Lieberkrets „An die ferne Geliebte“ (sech Gedichte von A. Zeitler). 3. Mozart: Duinett für Klavier, Oboe, Klarinette, Horn und Fagott (Co-Dur). Programm der Mitteldeutschen Besprechungsstelle Dresden für Welle 204. 8.15 Uhr: Hörspiel: „Die Geschichte von A. Zeitler“. 8.30 Uhr: Duinett für Klavier, Oboe, Klarinette, Horn und Fagott (Co-Dur). Programm der Mitteldeutschen Besprechungsstelle Leipzig. 8.30-8.45 Uhr: Hörspiel: „Die Geschichte von A. Zeitler“. 8.45-9 Uhr: Vortrag: Prof. Dr. Witkowski von der Universität Leipzig. 7. Vortrag innerhalb der Vortragsreihe: „Geschichte des neuen Dramas und des Theaters.“ Programm der Mitteldeutschen Besprechungsstelle Weimar für Welle 452. 8.15 Uhr: Konzert. Mitwirkende: Dr. Ernst Lehto (Klavier), Otto Braun (Flöte), Willy Müller (Fagott), Fritz Zimmermann (Oboe), Albert Weile (Klarinette), Georg Seibel (Horn), Karl Heerhagen (Gesang). 1. Quatuor: Ffötenkonzert (Co-Dur). 2. Beethoven: Lieberkrets „An die ferne Geliebte“ (sech Gedichte von A. Zeitler). 3. Mozart: Duinett für Klavier, Oboe, Klarinette, Horn und Fagott (Co-Dur). Programm der Mitteldeutschen Besprechungsstelle Dresden für Welle 204. 8.15 Uhr: Hörspiel: „Die Geschichte von A. Zeitler“. 8.30 Uhr: Duinett für Klavier, Oboe, Klarinette, Horn und Fagott (Co-Dur). Programm der Mitteldeutschen Besprechungsstelle Leipzig. 8.30-8.45 Uhr: Hörspiel: „Die Geschichte von A. Zeitler“. 8.45-9 Uhr: Vortrag: Prof. Dr. Witkowski von der Universität Leipzig. 7. Vortrag innerhalb der Vortragsreihe: „Geschichte des neuen Dramas und des Theaters.“ Programm der Mitteldeutschen Besprechungsstelle Weimar für Welle 452. 8.15 Uhr: Konzert. Mitwirkende: Dr. Ernst Lehto (Klavier), Otto Braun (Flöte), Willy Müller (Fagott), Fritz Zimmermann (Oboe), Albert Weile (Klarinette), Georg Seibel (Horn), Karl Heerhagen (Gesang). 1. Quatuor: Ffötenkonzert (Co-Dur). 2. Beethoven: Lieberkrets „An die ferne Geliebte“ (sech Gedichte von A. Zeitler). 3. Mozart: Duinett für Klavier, Oboe, Klarinette, Horn und Fagott (Co-Dur). Programm der Mitteldeutschen Besprechungsstelle Dresden für Welle 204. 8.15 Uhr: Hörspiel: „Die Geschichte von A. Zeitler“. 8.30 Uhr: Duinett für Klavier, Oboe, Klarinette, Horn und Fagott (Co-Dur). Programm der Mitteldeutschen Besprechungsstelle Leipzig. 8.30-8.45 Uhr: Hörspiel: „Die Geschichte von A. Zeitler“. 8.45-9 Uhr: Vortrag: Prof. Dr. Witkowski von der Universität Leipzig. 7. Vortrag innerhalb der Vortragsreihe: „Geschichte des neuen Dramas und des Theaters.“ Programm der Mitteldeutschen Besprechungsstelle Weimar für Welle 452. 8.15 Uhr: Konzert. Mitwirkende: Dr. Ernst Lehto (Klavier), Otto Braun (Flöte), Willy Müller (Fagott), Fritz Zimmermann (Oboe), Albert Weile (Klarinette), Georg Seibel (Horn), Karl Heerhagen (Gesang). 1. Quatuor: Ffötenkonzert (Co-Dur). 2. Beethoven: Lieberkrets „An die ferne Geliebte“ (sech Gedichte von A. Zeitler). 3. Mozart: Duinett für Klavier, Oboe, Klarinette, Horn und Fagott (Co-Dur). Programm der Mitteldeutschen Besprechungsstelle Dresden für Welle 204. 8.15 Uhr: Hörspiel: „Die Geschichte von A. Zeitler“. 8.30 Uhr: Duinett für Klavier, Oboe, Klarinette, Horn und Fagott (Co-Dur). Programm der Mitteldeutschen Besprechungsstelle Leipzig. 8.30-8.45 Uhr: Hörspiel: „Die Geschichte von A. Zeitler“. 8.45-9 Uhr: Vortrag: Prof. Dr. Witkowski von der Universität Leipzig. 7. Vortrag innerhalb der Vortragsreihe: „Geschichte des neuen Dramas und des Theaters.“ Programm der Mitteldeutschen Besprechungsstelle Weimar für Welle 452. 8.15 Uhr: Konzert. Mitwirkende: Dr. Ernst Lehto (Klavier), Otto Braun (Flöte), Willy Müller (Fagott), Fritz Zimmermann (Oboe), Albert Weile (Klarinette), Georg Seibel (Horn), Karl Heerhagen (Gesang). 1. Quatuor: Ffötenkonzert (Co-Dur). 2. Beethoven: Lieberkrets „An die ferne Geliebte“ (sech Gedichte von A. Zeitler). 3. Mozart: Duinett für Klavier, Oboe, Klarinette, Horn und Fagott (Co-Dur). Programm der Mitteldeutschen Besprechungsstelle Dresden für Welle 204. 8.15 Uhr: Hörspiel: „Die Geschichte von A. Zeitler“. 8.30 Uhr: Duinett für Klavier, Oboe, Klarinette, Horn und Fagott (Co-Dur). Programm der Mitteldeutschen Besprechungsstelle Leipzig. 8.30-8.45 Uhr: Hörspiel: „Die Geschichte von A. Zeitler“. 8.45-9 Uhr: Vortrag: Prof. Dr. Witkowski von der Universität Leipzig. 7. Vortrag innerhalb der Vortragsreihe: „Geschichte des neuen Dramas und des Theaters.“ Programm der Mitteldeutschen Besprechungsstelle Weimar für Welle 452. 8.15 Uhr: Konzert. Mitwirkende: Dr. Ernst Lehto (Klavier), Otto Braun (Flöte), Willy Müller (Fagott), Fritz Zimmermann (Oboe), Albert Weile (Klarinette), Georg Seibel (Horn), Karl Heerhagen (Gesang). 1. Quatuor: Ffötenkonzert (Co-Dur). 2. Beethoven: Lieberkrets „An die ferne Geliebte“ (sech Gedichte von A. Zeitler). 3. Mozart: Duinett für Klavier, Oboe, Klarinette, Horn und Fagott (Co-Dur). Programm der Mitteldeutschen Besprechungsstelle Dresden für Welle 204. 8.15 Uhr: Hörspiel: „Die Geschichte von A. Zeitler“. 8.30 Uhr: Duinett für Klavier, Oboe, Klarinette, Horn und Fagott (Co-Dur). Programm der Mitteldeutschen Besprechungsstelle Leipzig. 8.30-8.45 Uhr: Hörspiel: „Die Geschichte von A. Zeitler“. 8.45-9 Uhr: Vortrag: Prof. Dr. Witkowski von der Universität Leipzig. 7. Vortrag innerhalb der Vortragsreihe: „Geschichte des neuen Dramas und des Theaters.“ Programm der Mitteldeutschen Besprechungsstelle Weimar für Welle 452. 8.15 Uhr: Konzert. Mitwirkende: Dr. Ernst Lehto (Klavier), Otto Braun (Flöte), Willy Müller (Fagott), Fritz Zimmermann (Oboe), Albert Weile (Klarinette), Georg Seibel (Horn), Karl Heerhagen (Gesang). 1. Quatuor: Ffötenkonzert (Co-Dur). 2. Beethoven: Lieberkrets „An die ferne Geliebte“ (sech Gedichte von A. Zeitler). 3. Mozart: Duinett für Klavier, Oboe, Klarinette, Horn und Fagott (Co-Dur). Programm der Mitteldeutschen Besprechungsstelle Dresden für Welle 204. 8.15 Uhr: Hörspiel: „Die Geschichte von A. Zeitler“. 8.30 Uhr: Duinett für Klavier, Oboe, Klarinette, Horn und Fagott (Co-Dur). Programm der Mitteldeutschen Besprechungsstelle Leipzig. 8.30-8.45 Uhr: Hörspiel: „Die Geschichte von A. Zeitler“. 8.45-9 Uhr: Vortrag: Prof. Dr. Witkowski von der Universität Leipzig. 7. Vortrag innerhalb der Vortragsreihe: „Geschichte des neuen Dramas und des Theaters.“ Programm der Mitteldeutschen Besprechungsstelle Weimar für Welle 452. 8.15 Uhr: Konzert. Mitwirkende: Dr. Ernst Lehto (K



